Einzelpreis 80 Mark

Halle, Dienstag, den 20. Februar

Jahrg. 1923 • Nr. 43

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 238 19 Erfurt. Bezugspreis für Februar: wöch. 400 Mk., monatl. 1600 Mk. inkl. Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 380,— Mk. wöchentl. bzw. 1520 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatl. 1600 Mk. Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Millimeterzeile 80 Mk., als Reklame im Textteil 300 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die laufende Nr.

Einheitsfront? Mit wem?

Die bayerische Dunkelkammer

Der bayerische Ministerpräsident Knilling wirbt bei Hakenkreuzlern und Stahlhelmbrüdern um Vertrauen für die Reichsregierung. — Was sagt der Reichskanzler dazu?

Berlin, 20. Februar. (Soz. Parl.-Dienst.)

Die bayerische Regierung ist zwar am 27. Januar vor den Drohungen Hitlers zurückgeschreckt, aber man durfte immerhin die Hoffnung hegen, daß sie aus den unverschämten Provokationen dieses „Führers" und seiner Banden die Erkenntnis schöpfen würde, daß es ihrem Ansehen einträglicher sei, diese Gesellschaft zu meiden. Wer so viel Takt von der bayerischen Regierung und ihrem Ministerpräsidenten erwartete, sieht sich heute schwer enttäuscht. Unter den Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten wurden, befand sich auch der Bund „Stahlhelm". Vor einigen Tagen wurde das Verbot gegen ihn aufgehoben. Bei der ersten Versammlung — „Siegesfeier?" —, die dieser Bund nach der Aufhebung des Verbots in München veranstaltete, ließ es sich der bayerische Ministerpräsident v. Knilling, nicht nehmen, in höchsteigener Person und in Begleitung seines Finanzministers zu erscheinen. Ja, noch mehr! Wie seinerzeit in der großen Kundgebung, in der Hitler und Ludendorff redeten, so nahm auch hier der Ministerpräsident das Wort zu einer Ansprache. Herr v. Knilling redete von der Einheitsfront zur Abwehr des französisch-belgischen Einfalls ins Ruhrgebiet, ohne daran zu denken, daß der Kampf der Leute um Hitler, zu denen auch die Stahlhelm-Gesellen gehören, in erster Linie den „Novemberverbrechern" gilt. Herr Knilling erbat Vertrauen für die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere für Herrn Cuno. (!) Es gelte heute mehr wie je, warmes Herz und kühlen Kopf zu bewahren. „Noch müssen wir so manches Bittere hinunterschlucken und die Zähne zusammenbeißen. Nicht immer alles heraussreden, was wir im Innersten empfinden, aber immer daran denken." (!) Herr Knilling hat zu diesen geheimnisvollen Worten keinen Kommentar gegeben. Man weiß also nicht, was er, wohl aber, was die „Stahlhelm"-Leute im Innersten empfinden. Soll man aus der Tatsache, daß der Ministerpräsident von den Stahlhelm-Leuten von dem redete, was „wir" empfinden, den Schluß ziehen, daß er im Fühlen und Wollen mit diesen Rebellen einig ist?

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Bekenntnis des Herrn v. Knilling zum deutschen Vaterlande ohne jeden Wert. Der bayerische Ministerpräsident sollte daran denken, welch ungeheuren Schaden seine Regierung durch das Zurückweichen vor den Hitler-Leuten verursacht hat, welch große Erbitterung es unter den im Kampfe gegen die fremden „Eroberer" stehenden Ruhrleuten hervorrief. Der neueste Seitensprung des führenden bayerischen Staatsmannes wird weder die Einheitsfront noch den Abwehrwillen der Ruhrbevölkerung stärken. Was sagt übrigens Herr Cuno dazu, daß der Führer des zweitgrößten Landes bei Gesetzmündlern um Vertrauen für ihn wirbt?

Miesbacher Preßgesindel.

Unflätige Beschimpfung des Reichspräsidenten. — Die Arbeiterschaft an der Grenze ihrer Geduld.

München, 20. Februar. (SP.-Dienst.)

Während der bayerische Ministerpräsident die bayerischen Rebellen auffordert, der Reichsregierung zu vertrauen, setzt die bayerische Radaupresse in der unflätigsten Weise den Kampf gegen die Reichsregierung fort. Am 16. Februar brachte der „Miesbacher Anzeiger" anläßlich der Reise des Reichspräsidenten nach Süddeutschland einen Artikel unter der Ueberschrift „Genosse Ebert", dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Bene loquasti pater Sebastil — oder ins Berliner Deutsch übersetzt: Du hast just jebrüllt, Fritze!

Schade, Fritze, daß Du diese Rede pro patria, ist gleich für das Vaterland, um ganze viereinhalb Jahre zu spät improvisiert hast.

Vergiß nicht, Genosse Ebert, daß Du und Deine Mitarbeiter vorbereitet und geschaffen haben, was Deutschland heute erlebt. Du und Deine Freunde haben im Grunde genommen kein Recht zur Klage; Ihr habt, wenn nicht gewollt, gefördert, was heute ist.

Ich will Deiner langsam forischreitenden Erkenntnis zu Hilfe kommen und Dich sehend machen. Vielleicht findest Du, wenn das deutsche Elend zum Himmel schreit und Proletarier- und Bourgeois Arm in Arm miteinander als Bettler durchs Leben wandeln, vielleicht sage ich, findest Du den Mut, Dich und die Genossen anzuklagen, dieses namenlose Elend über Deutschland heraufbeschworen zu haben.

Vielleicht daß uns endlich der Knopf aufgeht, Fritze! Deine Karlsruher Philippika läßt tief blicken. Sie gibt zu denken. Für den, der zwischen den Zeilen lesen kann, ist es ein glattes Geständnis."

Wir erwarten nicht, daß die bayerische Regierung das Gesetz zum Schutze der Republik anwendet, um gegen die Schmierfinken vom „Miesbacher Anzeiger" vorzugehen. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie nicht nur im Interesse des Ansehens der deutschen Republik und des vom deutschen Volke gewählten Staatsoberhauptes, sondern von allen Dingen im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes um das Ruhrgebiet seinerseits Maßnahmen trifft, um dem bayerischen Pressegelichter endlich einmal das Handwerk zu legen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es auf die Dauer nicht ertragen, daß der aus ihr hervorgegangene Reichspräsident in dieser Weise heruntergerissen wird, ohne daß auch nur einer der Gesetzesparagraphen angewendet wird, der es ermöglicht, diesem Zustand ein Ende zu machen.

•

Der vorstehenden Bemerkung möchten wir noch folgendes hinzufügen:

Noch ekelerregender wird die Geschichte, wenn man bedenkt, daß dieses nationalistische Lumpenpack tagaus und tagein von der nationalen Einheitsfront faselt. Als ob es eine Einheitsfront mit denen geben könnte, die das arbeitende Volk und seine Vertreter stündlich in den Kot treten, die von der Anpöbelung und Verhöhnung des Proletariats leben und nur auf den günstigen Augenblick warten, ihm den Fuß in den Nacken setzen zu können. Der Kampf der Ruhrarbeiterschaft hätte seinen Sinn verloren, wenn er in Gemeinschaft mit dem schmutzigen Gelichter im Innern geführt werden würde. Der Kampf im Ruhrgebiet darf auch nicht dazu führen, den Trennungsstrich zwischen der Republik und ihren Todfeinden zu verwischen. Der Kampf der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet ist gleichermaßen ein Ringen für die Republik und gegen ihre inneren und äußeren Feinde. Der Erfolg des Kampfes gegen Poincaré wird durch die Notwendigkeit einer Zweifrontenstellung in Frage gestellt. Er wird in dem Augenblick unmöglich, wo die deutsche Arbeiterklasse gezwungenermaßen mit ihrer Kraft gegen die deutschen Todfeinde der Republik vorstoßen müßte. Will die Reichsregierung das verhindern, so mag sie dem nationalistischen, hakenkreuzlerischen und arbeiterfeindlichen Gesindel ein „Bis hierher und nicht weiter!" bieten. Kann sich die Regierung dazu nicht aufschwingen, so trägt sie die volle Schwere der Verantwortung für die kommenden Dinge.

Deutsche Justiz.

Der Banditenführer Roßbach wieder einmal verhaftet und entkattet.

Hamburg, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum Sonntag ist im Hotel „Kaiserhof" in Altona eine Geheimversammlung der Nationalsozialisten, in der Roßbach sprechen sollte, von der Polizei aufgelöst und Roßbach sowie vier andere Führer der Bewegung verhaftet worden. Die Versammelten trugen zum größten Teil Hakenkreuzbinden und waren mit Handwaffen versehen. Es wird gegen die Führer ein Strafverfahren eingeleitet werden. Leider hat auch die Altonaer Behörde bei Roßbach eine Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht als nicht vorliegend erachtet und ihn wieder aus der Haft entlassen.

•

Leutnant Roßbach wurde im Herbst 1922 schon einmal in Berlin verhaftet, dann aber unbegreiflicherweise wieder freigelassen. Diesen Gnadenerweis der Republik hat er mit einer wüsten Hetze gegen die Regierung und Umsturzbedrohungen beantwortet. Am 23. November erklärte er anläßlich der vierten Jahresfeier der Sturmabteilung Roßbach in München, aus Oberschlesien werde bald ein zweites Bayern werden, man werde „eine große einheitliche Machtorganisation" schaffen, „die endlich mit dem jetzigen Unsinn aufräumt". Er kündigte an, daß er sich mit seinen Getreuen „mit Gummiknüppeln und Bajonetten" den Weg bahnen werde. Den Bayern sagte er, daß sie bald Gelegenheit zu Taten haben werden. „Hoffentlich haben wir auch in Preußen bald Gelegenheit. Vor uns zittern die deutschen Machthaber." Dieser Mann, der getreu seinen damaligen Versprechungen im ganzen Lande herumreist und zum bewaffneten Widerstand gegen die bestehende Staatsordnung ermuntert, kann nicht verhaftet werden, weil sich bis heute in Preußen noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der einen Haftbefehl gegen ihn erläßt.

Desto eifriger gehen die Herren Staatsanwälte gegen sozialdemokratische Redakteure vor. Erlaubt sich die Parteipresse in Wahrung der Interessen und des Bestandes der Republik einen reaktionären Beamten der offenen Sabotage der Verfassung zu beschuldigen, so hat der Verantwortliche nicht etwa eine Privatklage der Beschuldigten, sondern ganz zweifelsohne ein öffentliches von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Verfahren auf dem Halse. Die Sympathien der deutschen Staatsanwälte scheinen also mehr bei den Roßbachs als bei den Verteidigern der Republik zu sein. Wirklich ausgezeichnete Zustände.

Die Entwaffnung der Essener Schupo.

Mit einem Infanterieregiment, 22 Tanks und einem General an der Spitze.

Essen, 20. Februar. (WTB.) Ueber die gestrige Entwaffnung der Schupobeamten wird noch berichtet: Um 7 Uhr früh wurde das Baracken lager in der Hammerstraße, in dem 400 Schupobeamte in Quartier lagen, von einem Infanterieregiment mit einem Oberst und einem General an der Spitze und mit 22 Tanks (nicht Panzerautos) umstellt. Die Polizei wurde zur Uebergabe der Waffen aufgefordert, wozu sie sich nach längeren Verhandlungen entschloß. Feldbettstellen und Betten mußten in den Baracken bleiben. Privatsachen konnten mitgenommen werden. Die 400 Schupoleute zogen gruppenweise mit ihren Offizieren an der Spitze ab. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt und im Landkreise wird von den Behörden in anderer Weise gesorgt werden, da die Schupo keinen Dienst mehr versieht.

Von Gläubigern und Schuldnern.

Berlin, 19. Februar.

Aus dem Weltkrieg waren fast alle beteiligten Staaten mit ungeheuren auswärtigen Schulden hervorgegangen. Nur zwei von ihnen machten eine Ausnahme: Die Vereinigten Staaten und — Deutschland. Die ersten wegen ihres ungeheuren Reichtums, der ihnen gestattete, als Kreditgeber ihrer Bundesgenossen aufzutreten, das zweite aber, weil es allein stand und niemand ihm etwas borgte. Da Deutschland seinen Kriegsbedarf fast ausschließlich aus inneren Anleihen finanziert hat, die infolge der Geldentwertung so gut wie nicht bezahlt wurden, wäre Deutschland tatsächlich beinahe schuldenfrei aus dem Weltkrieg hervorgegangen, wenn ihm nicht Reparationen auferlegt worden wären. Es ist also nicht zu verkennen, daß in der Mitheranziehung Deutschlands zu den Schuldenlasten ein gerechter Gedanke liegt, der freilich durch die ganze Behandlung des Problems, namentlich von französischer Seite, ins Sinnlose verzerrt wurde.

England hat im Kriege seinen europäischen Bundesgenossen Geld geliehen, es hat sich andererseits selbst in Amerika Geld geborgt und dasselbe haben seine europäischen Alliierten getan. England ist infolgedessen an Amerika, Frankreich an England und Amerika verschuldet.

Als erster Staat hat es England unternommen, seine Schulden an Amerika zu regulieren. Es hat seinen Schatzkanzler Baldwin nach Washington geschickt, und er hat dort ein Abkommen geschlossen, das vom amerikanischen Senat jetzt mit großer Mehrheit angenommen wurde. Danach wird England 62 Jahre lang jährlich 35 Millionen Pfund von 700 Millionen Goldmark an Amerika bezahlen. Man empfindet in England diese Last sehr schwer und man wird dort in Zukunft hoffentlich besser begreifen, als bisher, was es bedeutet, wenn von Deutschland das drei- bis sechsfache dieses Betrages jährlich gefordert wird. Nach dieser Regelung stehen England und Amerika in einer gemeinsamen Gläubigerfront ihren europäischen Schuldnern gegenüber, denen sie während des Krieges Geld geborgt haben. Die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen ist damit gegeben. Als wichtigster dieser beiden Schuldner kommt Frankreich für sie in Betracht.

Amerika und England sind daran interessiert, daß Frankreich bezahlt. Sie haben auf dem Kontinent nur wirtschaftliche, nicht machtpolitische Interessen. Daraus erklärt sich, daß sie nur wünschen müssen, Deutschland solle bezahlen, was es irgend könne — denn nur, wenn Deutschland bezahlt, haben sie Hoffnung, auf ihre eigene Rechnung zu kommen — daß sie aber eine Politik verurteilen müssen, die sowohl Deutschland wie auch Frankreich zahlungsfähig macht. Aus ihren Gläubigerinteressen erklärt sich die ablehnende Haltung, die sie gegenüber dem französischen Ruhrabenteuer einnehmen.

Charakteristisch für diese Haltung, namentlich Englands, ist der neueste Aufsatz Lloyd Georges, der in einer Reihe von Blättern der Weltpresse, in Deutschland von der „D. A. Z." veröffentlicht wird. Der ehemalige Premierminister setzt darin auseinander, England, das selbst bis an den Hals in Schulden steckt, könne keine größere Freigebigkeit zeigen als Amerika. Es sei genötigt, sich bei seinen europäischen Schuldnern wieder zu holen, was es an seinen amerikanischen Gläubiger bezahle. Wie stehe es aber mit der Regierung Frankreichs, seinen Verpflichtungen nachzukommen? Frankreich zeige nicht die allergeringste Neigung, an England wie Amerika auch nur einen Pfennig zu zahlen. Poincaré habe vielmehr mit größter Bestimmtheit im Senat erklärt, Frankreich habe nicht die Absicht, seine Schulden zu zahlen, solange es nicht seinen Reparationsanteil von Deutschland erhalten habe. Das bedeutet, daß Frankreich unbedingt nicht bezahlen wolle. Frankreich schulde England 500 Millionen Pfund, gleich 10 Milliarden Goldmark, wenn es keine Zinsen zahle und mit der Abzahlung des Kapitals erst in 30 Jahren beginnen wolle, so bedeute das so gut wie nichts. Mit demselben Atem, mit dem Poincaré diese Erklärung abgab, hätte er aber den Senatoren Plattheiten über die Heiligkeit nationaler Verpflichtungen zum Besten gegeben. Lloyd George erinnert Frankreich daran, daß es auch gegenüber England „heilige Verpflichtungen" hat, und er spricht in diesem Zusammenhang von „schäbiger Behandlung eines Freundes, der Frankreich in der Stunde der Verzweiflung beistand und der nun unter ungeheuren Lasten keucht, die er aus Freundespflicht auf sich nahm."

In diesem Spiel zwischen Gläubigern und Schuldnern ist dem geschlagenen Deutschland die Rolle des Gehetzten zugefallen, den die Hunde beißen sollen. Während England unter der Last einer jährlichen Zahlungspflicht von 700 Millionen Goldmark nach dem Ausspruch Lloyd Georges geradezu keucht, hat man Deutschland zunächst Vermögensobjekte im Werte von rund 100 Milliarden Goldmark abgenommen, man fordert von ihm weitere Zahlungen von 2 bis 4 Milliarden Goldmark jährlich, und wenn es die nicht leisten

Vormittag 10 Uhr: Dollar 22000

Tendenz: Fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0001

kann, schlägt man mit der Axt die Tür seines Hauses ein und zertrümmert ihm sein Mobilar.

Dasselbe Frankreich aber, das sich als Gläubiger wie ein Tobsüchtiger gebärdet, nimmt als Schuldner eine Haltung ein, die sich von jener Deutschlands nur zu ihren Ungunsten unterscheidet. Denn **Deutschland hat an seine Gläubiger** ungeheure Werte abgeführt, **Frankreich aber hat den seinen noch gar nichts geleistet. Deutschland betont seinen Willen zur weiteren Erfüllung, Frankreich hält es für selbstverständlich, daß ihm ein dreißigjähriges Moratorium gewährt werde,** will also das Zahlen auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Dieses gänzlich verschiedene Halten **Frankreichs einerseits als** Gläubiger, **andererseits als Schuldner, könnte einem Komödienschreiber** einen ausgezeichneten Stoff liefern, **für uns freilich bedeutet** es mehr **eine Tragödie.**

Zugleich aber liegt in dieser absonderlichen **Verwickelung für uns auch** ein **Keim der Hoffnung.** Denn das **Vorgehen Frankreichs** ist **in jeder Beziehung** so aberwitzig, daß es auf die **Dauer** gar nicht **aufrechterhalten** werden kann. Der Aberwitz erreicht seinen Gipfel in den wiederholten Erklärungen der französischen Regierung, daß sie keinerlei Einmischung in ihren **Konflikt** mit Deutschland gestatten werde. **Darin liegt gegen die Verbündeten** Frankreichs im Weltkriege, seine auf Zahlung wartende Gläubiger eine so grandiose Unverschämtheit, daß **diese nur erst zum Bewußtsein des Geschehenen kommen müssen,** um ihr **Verhalten** entsprechend einzurichten. Statt wirtschaftliche Fragen vernünftig zu ordnen, besteht Frankreich darauf, die Wirtschaft Europas in einen **Scherbenhaufen zu verwandeln, es verschleudert die Reste seines** Wohlstandes in sinnlosen imperialistischen Abenteuern und es will den Staaten, denen es seine augenblickliche schändlich mißbrauchte Machtstellung verdankt, nicht einmal gestatten, **ihm zur besseren** Ordnung seiner Angelegenheiten einen **freundschaftlichen Rat zu** erteilen.

Unter diesen Umständen kann es nicht **ausbleiben, daß** die Gläubiger Frankreichs, England und Amerika, eines Tages die von Frankreich ausgestellten **Schuldscheine auf den Tisch legen und** die französische Regierung **darauf aufmerksam machen, daß es so** wie bisher nicht weitergehen kann.

Wir haben keine Hoffnung auf Hilfe des Auslandes in dem Sinne, daß **uns geholfen würde,** erfüllbaren Schuldverpflichtungen zu entgehen. An dieser Erfüllung sind Amerika und England selbst interessiert. Gerade darum aber werden sie sich mit der Rolle, in die sie von Frankreich gedrängt sind, auf die Dauer nicht bescheiden können. Sie werden hervortreten, wenn sich die Kur, die das Ruhrproletariat jetzt am französischen **Imperialismus vollzieht,** als **kräftig** genug erweist, um eine erfolgreiche Nachbehandlung zu gestatten.

Beschlagnahme und Straßenraub.

Räumung dreier Bahnhöfe durch die Engländer und Uebergabe an die Franzosen. — Die Folgen.

Gelsenkirchen, 20. Febr. (Eig. Drahtb.)

Die Franzosen haben das Stadtinnere von Gelsenkirchen bis heute nicht geräumt. Post, Telegraph und Eisenbahn sind besetzt. Ein Durchgangsverkehr ist möglich, jedoch fahren Züge nicht ab. Für das Innere des Stadtgebiets ist der Verkehr von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr verboten.

Nach amtlichen Feststellungen sind **den Franzosen am Sonnabend und Sonntag durch Beschlagnahme etwa 90 Millionen Mark in die** Hände gefallen, darunter ein Teil der Ruhrhilfe und von dieser wieder ein Teil in ausländischen Devisen, zum Teil gestiftete Franken, Dollars und Kronen. Durch **Straßenraub** ist ihnen, soweit bisher festgestellt werden konnte, die Summe von 1 700 000 Mark in die Hände gefallen.

In Dorsten wurden heute nachmittag von der französischen Besatzung für 1 Million Mark Hausgerät beschlagnahmt. Das Gerät soll zur Einrichtung eines Kasinos dienen.

Bochum, 20. Februar (Eig. Drahtbericht.)

Die Franzosen besetzten am Montagabend den Sammelbahnhof Konstantin bei Bochum, ebenso dessen Stellwerk, mit Militär-Eisenbahnern. Ihre erste **Maßnahme war die Beschlagnahme eines Zuges mit 10 Kohlenwagen.**

Köln, 20. Februar (WTB.)

Gestern abend 8 Uhr haben **die Engländer die Bahnhöfe Harff, Bedburg und Oelsdorf geräumt, die alsdann von französischen** Truppen besetzt wurden. **Damit ist die Linie Neuß-Düren ganz in französischer Hand. Die Eisenbahner der neubesetzten Bahnhöfe lehnten es ab, unter französischer Oberhoheit zu arbeiten, und sind deshalb von den Bahnhöfen vertrieben worden.**

•

Ob die Räumung der genannten Bahnhöfe durch die Engländer ein Erfolg der französischen Diplomatie in London ist oder andere Ursache hat, muß abgewartet werden.

Ebert an Severing.

Anerkennung des Reichspräsidenten für das Verhalten der Schupo im besetzten Gebiet.

Berlin, 20. Februar. (WTB.)

Der Reichspräsident hat an den **preußischen Minister des Innern** folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Minister!

Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen als dem Chef der preußischen Landespolizei meine aufrichtige Bewunderung und lebhafte Anerkennung für das Verhalten der Schupo im Ruhrgebiet auszusprechen. Gegenüber einem Gegner, der enttäuscht über das Fehlschlagen seiner Pläne in kleinlicher Raubsucht gerade die Sicherheitsbeamten täglich aufs neue herausfordert und zu demütigen versucht, gegenüber Offizieren und Soldaten, die ihre Waffenehre durch rohe Mißhandlungen Wehrloser besudeln, gegenüber einer unmenschlichen Rachejustiz, die jede durch Eid und Pflicht begründete Verweigerung vor fremden unrechtmäßigen Befehlen mit Verschleppung und grausamer Strafe verfolgt, haben die braven Beamten der Schupo in ruhiger Besonnenheit und restloser Hingabe an ihre Pflicht ihren Dienst weiterversehen, ohne sich fremder Machtwillkür und Rechtanmaßung zu beugen. Nicht nur die Ruhrbevölkerung, deren Schutz ihre Tätigkeit gilt, sondern ganz Deutschland zollen diesen Tapferen Dank und Bewunderung. Wenn man dereinst der Deutschen gedenkt, die in schweren Zeiten sich in restloser Pflichterfüllung für den Bestand der deutschen Republik, für das deutsche Vaterland eingesetzt haben, wird man der Führer und Beamten im Ruhrgebiet besonders gedenken. Ich bitte Sie, hochverehrter Herr Minister, dieses den Beamten der Schupo im Ruhrgebiet zur Kenntnis zu bringen und bin in vorzüglicher Hochachtung

gez.: Ebert.

Die Bilanz der Ruhrbesetzung.

Im Lichte belgischer Darstellung.

Unser Brüsseler Parteiorgan, der „Peuple“, zieht in seiner Sonntagsnummer die Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbesetzung für Belgien: **Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigsten Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Prozent bewegt.** Statt monatlich 140 000 Tonnen Kohle umsonst zu bekommen, haben wir **35 000 Tonnen erhalten, die wir bezahlen müssen.** Die Hüttenindustrien haben keinen Koks mehr und drohen, die Hochöfen abzudämpfen. Die Arbeit in den Kalkbrennereien ist schon um 75 Prozent eingeschränkt; demnächst werden die Betriebe ganz schließen. Im Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitslose gab, werden jetzt täglich 2200 bis 2700 gezählt. Die Delegierten des industriellen Zentralausschusses haben Herrn Theunis (den belgischen Ministerpräsidenten. D. Red.) gebeten, **das Gesetz über den Achtstundentag in den Bergwerken aufzuheben.**

Eine der belgischen Finanzzeitungen, der „Moniteur des Intérets Matériels“, stellt fest, daß der belgische Kohlenmarkt infolge der Vorgänge an der Ruhr in Aufregung ist, da die Lieferung deutscher Brennmaterialien tatsächlich bis jetzt sehr gering sei. **„Ein Zug mit Koks soll, scheint es, an der belgischen Grenze angekommen sein; ebenso sollen verschiedene Kohlensendungen für die nächsten Tage erwartet werden.“** Diesen „Erfolg“ **stellt das belgische Unternehmerorgan nach fünf Wochen Ruhrbesetzung fest.**

Lloyd George fordert Eingreifen der englischen Regierung.

Debatte im englischen Unterhaus.

London, 19. Februar. (WTB.)

Zu der heute **stattfindenden Unterhaus-Aussprache** über den gemeinsamen Antrag der **Liberalen** und **nationalen Liberalen**, in dem empfohlen wird, eine Intervention **des Völkerbundes herbeizuführen und Amerika aufzufordern, an der** Beratung über die Reparationsfrage teilzunehmen, berichten die Blätter, es würde die Forderung der Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein gestellt werden. Die **Arbeiter würden geschlossen mit den Liberalen stimmen.** Lloyd George, Sir John Simon, Pringle und Ramsay Macdonald würden dafür sprechen. Die Regierung werde sich **den Bemühungen, die Aussprache auf morgen auszudehnen, widersetzen.**

London, 19. Februar. (WTB.)

Im Unterhause begann heute die Debatte über den gemeinsamen Antrag der Liberalen und nationalen Liberalen. Vor der Eröffnung der Debatte wurde **Bonar Law zur Abgabe einer Erklärung** über die kürzlichen Verhandlungen **zwischen England und** Frankreich ersucht. **Dieser lehnte eine Mitteilung ab und erklärte nur, man habe der französischen Regierung gewisse Vorschläge gemacht, aber ihre Antwort noch nicht erhalten. Solange nicht diese Antwort eingetroffen sei, werde die Angelegenheit nicht erörtert werden.**

Im Laufe der Debatte sprach **Lord Robert Cecil die Hoffnung** aus, das Haus werde sich keine Politik zu eigen machen, ohne das zu erwartende praktische Ergebnis zu berücksichtigen. Die Enttäuschung Frankreichs in der **Reparations-Angelegenheit** sei verständlich. Er sei überzeugt, daß diese Frage **letzten Endes** vom Völkerbund geregelt werden müsse. **Lloyd George erklärte, die Freundschaft für Frankreich bedeute nicht, daß England jede Aktion eines jeden französischen Ministeriums billigen müsse. In der Reparations-Angelegenheit sei nichts zu finden, was einen derartigen gewaltsamen Schritt,** wie dem von **Frankreich unternommenen, erforderlich machte.** Er sei **von der Berechtigung der Forderung nach Reparationen überzeugt, aber wenn der jetzt unternommene Schritt keinen Erfolg habe, dann kämen Reparationen nicht mehr in Frage und wenn er Erfolg habe, so würden die Kosten derart groß sein, daß ebenfalls keine Reparationen herausspringen würden.**

Lloyd George appellierte an die Regierung, **eine Aktion zu unternehmen, und** sprach die Ansicht aus, **die Regierung solle sich mit den Vereinigten Staaten in Verbindung setzen. Beide Länder** sollten dann **gemeinsam** an Frankreich **herantreten.** — Auf eine Anfrage des **Parlamentsmitgliedes Snowden, ob dem Premierminister bekannt sei, daß** die Handelskammer **von Manchester den** Kaufleuten in **Manchester mitgeteilt** habe, daß Güter, die nach Deutschland gesandt würden, **von den** Franzosen beschlagnahmt würden, **antwortete Bonar Law verneinend.**

Verschärfung des Kampfes.

Beschluß der Vertrauensleute der Rheinschiffahrt des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.

Eine in Mannheim tagende Konferenz der Vertrauensleute der Rheinschiffahrt des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer nahm zur gegenwärtigen Lage Stellung **und beschloß mit sofortiger Wirkung eine Verschärfung des Kampfes.** Das in diesem Verband organisierte Personal sämtlicher **Reparaturwerkstätten** am Rhein ist von der Verbandsleitung **der Maschinisten** und Heizer in den Kampf eingesetzt worden. Jede **Reparaturarbeit** an französischen Dampfern ist unmöglich gemacht worden. Die Streikleitung hat ferner allen Maschinisten und **Heizern, welche als Kranmaschinisten das Bebunkern mit Kohle an holländische, belgische,** schweizerische **Boote** vorgenommen haben, die Verweigerung jeder Kohlenabgabe an diese Fahrzeuge zur Pflicht **gemacht. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig,** da festgestellt worden ist, daß Dampfer unter holländischer, belgischer, schweizerischer **Flagge deutsche und französische** Fahrzeuge abgeschleppt **haben.**

Das Rhein-Schiffahrtspersonal ist entschlossen, den Kampf in der Rheinschiffahrt **weiter zu verschärfen, wenn die Lage es erfordert. Von der deutschen** Regierung **fordert es** die Wahrnehmung jeder Verhandlungsmöglichkeit, **die Aussicht bietet, zu einem für beide Teile gerechten Ausgleich zu kommen.** Das Personal lehnt es entschieden ab, **nationalistische Kraftmeierei zu unterstützen und verlangt von der Regierung die Beachtung seiner Wünsche.**

Dr. Raschin †.

Das Ende des tschechischen Finanzministers.

Der Finanzminister der Tschechoslowakei, Dr. Raschin, ist am Sonntag den Folgen des vor einigen Wochen auf ihn verübten Revolverattentats erlegen. Seit seiner **frühesten Jugend hat** Raschin **gegen den alten österreichischen Staat gekämpft. Er gehörte schon als junger Mann der Verschwörerpartei des tschechischen Jugendbundes, der „Omladina“, an. 1894 wurde ihm der Prozeß wegen Hochverrats** gemacht. **Das Urteil lautete auf zwei Jahre schweren Kerkers. Der junge Jurist wandte sich dann der Journalistik zu und wurde als Vertreter der radikalen Jungtschechischen Partei in den Reichsrat gewählt. Im Verein mit seinem Freunde Kramarsch hat er während des Weltkriegs mit der ihm innewohnenden Kraft und Energie auf die Zertrümmerung Oesterreichs** und die Schaffung des Staates der Tschechen hingearbeitet. **1915 wurde er mit Kramarsch zum Tode verurteilt.** Der ehemalige Kaiser **Karl** begnadigte die beiden, weil er sich davon einen günstigen Einfluß auf die Stimmung des tschechischen Volkes erhoffte. In der ersten **Regierung** der tschechoslowakischen Republik bekleidete Kramarsch den Posten eines Ministerpräsidenten, während Raschin das Finanzministerium **übernahm.** Mit dem Rücktritt dieser **Regierung** trat auch er aus der Regierung aus und übernahm erst **beim letzten Kabinettswechsel wieder das Finanzministerium. Unter den für das** Schicksal der tschechischen Finanzen ausschlaggebenden **Werken des** Finanzministers seien die **Notenabstempelung** vom Oktober 1918, bei der durch die Zurückhaltung des halben Betrags gegen minimale Verzinsung **eine gewaltige Vermögensabgabe durchgeführt** wurde, die **Stabilisierung der tschechischen** Krone, die **Stillegung der Notenpresse** und der **Gehaltsabbau der Staatsangestellten** genannt. Das Staatsbegräbnis des Finanzministers findet am Mittwoch statt. **In seinem Testament hat er bestimmt, daß an seinem Sarge ein Mitglied des revolutionären Ausschusses,** ferner **der Ministerpräsident Swehla, Minister Stribrny und Senator** Soukoup **sprechen. Als Nachfolger Raschins wird der Präsident** des Bankamtes, Nowack, genannt.

Scheinpatriotismus.

Von Bruno Manwel.

Die Hoteliers in Deutschland, denen die Heimat über den Frank geht, schütteln **jetzt patriotisch mit den Köpfen,** wenn Franzosen hereinkommen, um bei ihnen zu essen und zu schlafen. Die vaterländischen Gastwirte, die ihre Schwelle besonders rein erhalten möchten, haben sogar grüne Zettel an die Scheiben geklebt: Franzosen und Belgier werden nicht bedient! Sie haben auch, in Erkenntnis spartanischer Notwendigkeiten, ihren Frühstücksgästen das Butter- und Eieressen des Morgens radikal abgewöhnt. Nun fühlen sie sich um diverse Grade freier.

Der Herr General von Nollet, der hier in **Berlin für Frankreich** nach dem Rechten sehen soll, muß jetzt im Adlon auf seinem Zimmer frühstücken, damit den noch immer dort absteigenden Deutschen nicht der Appetit vergeht. Nun frühstückt er recht vergnügt unter Ausschluß der deutschen Oeffentlichkeit, wobei er wenigstens um die spartanischen Notwendigkeiten gekommen ist und **weiter Butter** und Eier serviert bekommt.

Es gibt jetzt in deutschen **Hotels** eine Unmenge **Herren von** Nollet deutscher und auch anderer Nationalität, die sämtlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit frühstücken, wobei sie wenigstens um die spartanischen Notwendigkeiten kommen.

Es werden auch keine französischen Weine mehr aus den Kellern geholt. Deutscher Wein und deutscher Sang ist jetzt die Losung. Wir möchten es den Franzosen zeigen, wie sehr wir sie entbehren können. Ein naturgewollter Zufall besorgt es, daß der dennoch ausgezeichnete Bordeaux und die dennoch berühmten **Marken** aus der Provence durch längeres Lagern nicht schlechter werden. Und ein von Menschen gemachter Zufall besorgt das übrige: daß der ausgezeichnete Bordeaux und die berühmten Marken aus der Provence übers Jahr nochmal so teuer verkauft werden können.

Es hat auch ganz aufgehört, daß wir so delikate Dinge in den Schaufenstern betrachten dürfen, weil in dieser Zeit allgemeiner Not dadurch gefährliche Leidenschaften in uns aufgestachelt werden könnten. Wir dürfen höchstens hineingehen in solch ein Geschäft und so delikate Dinge ausdrücklich verlangen. Dann werden sie **für uns extra aus den Vorratsschränken geholt;** wir dürfen sie **entsprechend bezahlen und können dann damit nach Hause gehen,** um **uns in engstem Familienkreise daran aufzustacheln, was der Erhaltung öffentlicher Ordnung keinen Abbruch tut.**

Die **patriotischen Zimmervermieterinnen haben es sich auch gänzlich** abgewöhnt, Valutagästen den Vorrang zu geben. Kommt zufällig mal ein Amerikaner oder ein Japaner und erfleht förmlich Obdach, dann fragen sie erst abweisend: „Wieviel gedachte der Herr denn anzuwenden? — Zehn Dollar im Monat? — Ja, ich denke, es wird sich ausnahmsweise machen lassen!“ Es soll aber keinen Amerikaner und keinen Japaner in Deutschland geben, bei dem es sich nicht hat ausnahmsweise machen lassen.

Welch eine erhebende Angelegenheit ist doch solch ein Nationalbewußtsein.

Preisausschreiben zur Schaffung eines neuen Geschichtsbuches. Das Reichsinnenministerium hat ein Preisausschreiben für ein Handbuch der neueren deutschen Geschichte erlassen. Darin soll die deutsche Geschichte von der französischen Revolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges behandelt werden. Die Darstellung dieses Zeitabschnittes ist für den Lehrer bestimmt, der an Hand des Buches den Geschichtsunterricht erteilen soll. Es sind fünf Preise ausgesetzt worden: ein Preis von 500 000 Mk., zwei Preise von je 300 000 Mk. und zwei Preise von je 200 000 Mk., die gegebenenfalls an den Geldwert angepaßt werden sollen. Unter den Preisrichtern befinden sich auch die Genossen Dr. David (Darmstadt) und Prof. Dr. Ludo Hartmann (Wien).

Hallisches Kunstleben.

Will Vesper in der Literarischen Gesellschaft.

Gestern abend las Will Vesper im Saale der „Loge zu den drei Degen“ vor den Mitgliedern der Literarischen Gesellschaft aus eigenen Dichtungen. An den ersten beiden Novellen „Antonia“ und „Die schwarze Maske“ (Fluch dem Bruder-, Fluch dem Menschenmord!) aus dem Buch „Die ewige Wiederkehr“ machten weder Gestaltung noch Vortrag besonders warm. Der Stoff freilich griff zu. Von starker Erlebtheit zeugten die Gedichte aus „Mutter und Kind“, zugleich — wie jene Geschichten — aber auch dafür, daß Vesper weit mehr ein Künstler der Vorstellung als des Ausdrucks ist. Die Gedichte sind Werke des Sinnenden, nicht des Bildenden. Auf die Hörer wirkten auch im Vortrag des gegen die Reihe hin belebt Gewordenen am stärksten die Bilder aus den „Fröhlichen Märchen“. In ihnen erweist sich Will Vesper als ein Meister der — behandschuhten — Satire. Ehrlicher Beifall wogte am Ende auf und grüßte lange des Dichters feines Gesicht.

H. Lg.

Konzert des Arbeiter-Sängerchores.

Unter Leitung von Carl Röhren fand gestern im großen Saal des Volksparks vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft ein Konzert des Arbeiter-Sängerchors, dieses stärksten hallischen Männerchores, statt. Wir wollen diesen Männern der schweren Arbeit, die wohl nur zur Teil die Noten kennen, auch gar nicht das Kompliment machen, daß sie stets „schön“ singen; denn jeder numerisch starke Männerchor hat materiellen Wohlklang, sondern ihrer Eigenart nachgehen, auf der gewisse erfolgsichere Wirkungen beruhen. Bei der Darbietung zum Beispiel des altdeutschen Volksliedes „All mein Gedanken“ war das Piano aus etwa 100 Kehlen ein Unikum. Aus diesem Piano entwickelt sich das schönste aller Crescendi und führt zu wirksamen Höhepunkten. Man merkt der bedachtsamen Leitung Röhrens an, wie er versucht, den Gesang von allem Robusten, Trivialen, von allem Kraftmeiertum nach Möglichkeit zu befreien. Hand in Hand damit geht die sorgsame Ausarbeitung jeder einzelnen Chorstimme, die manchmal wie aus einem Munde erklingt. Nur mit der sehr hellen Vokalisierung möchte ich mich nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Der Ton klingt dadurch gaumig, und es gibt unmetallische Klänge. Leider war gerade die Ausführung des Chorsatzes von Hermann Scherchen etwas hart und trocken, um nicht zu sagen — poesielos. Hier bewahrte auch der Chor nicht immer die volle Reinheit der Intonation, sang die Kraftstellen etwas zu effektvoll und ließ sich einige unpräzise Einsätze zuschulden kommen. Aber das Werk siegte über seine Wiedergabe und machte auf die Hörer, die keinen Vergleich ziehen konnten, offenbar starken Eindruck. Am Schluß ruhte der Beifall nicht eher, als bis der nach Amerika scheidende Röhren, von dem auch eine eigene Komposition — „Fanfare“ mit Männerchor — vorgetragen wurde, sich wiederholt dankend auf dem Podium gezeigt hatte.

Dr. H. G.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr wird „Der Rosenkavalier“ gegeben. Mittwoch 7½ Uhr „Die Zauberflöte“, Donnerstag „Wilhelm Tell“. — Infolge Erkrankung von Kapellmeister Braun muß die Erstaufführung der Oper „Die tote Stadt“ von Korngold verschoben werden. Statt dessen geht am kommenden Freitag „Siegfried“ von Richard Wagner in Szene. — Die Stammkarten-Inhaber des Stadttheaters werden nochmals daran erinnert, daß die Nachzahlung auf die dritte Rate bis Mittwoch, den 21. Februar, an der Kasse des Stadttheaters zu leisten ist.

Künstler und Wirtschaft. Der als Leiter des Staatlichen Bauhauses in Weimar bekannte Architekt **Gropius spricht am Mittwoch dem 21. Februar, abends 8½ Uhr, im Auditorium maximum** der Universität auf Veranlassung der Hallischen Künstlergruppe über **„Die Mitarbeit des Künstlers für Technik und Wirtschaft.“ Gropius ist ein Vorkämpfer der tätigen Anteilnahme des Künstlers an jeder schöpferischen Arbeit. Karten für nur 150 Mark sind bei** Hothan zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0002

Ermordung des Erzbischofs von Warschau

Auch eine Folge der polnischen Gewaltpolitik.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Am Abend des 8. Februar verlangte der Archimandrit Smaragd aus Cholm eine Audienz bei dem Metropoliten der orthodoxen Kirche in Polen, dem Bischof Georg in Warschau. Er wurde auch vorgelassen und blieb über eine Stunde bei dem Metropoliten. Beim Weggehen zog er einen Browning und gab drei Schüsse auf den Metropoliten ab, von denen schon der erste tödlich war.

Daß ein derart unerhörter Mord eines hohen kirchlichen Würdenträgers an einem anderen möglich war, ist zweifellos zum Teil eine Folge des fanatischen und widerwärtigen Kultus, den gegenwärtig in Warschau die gesamte Reaktion mit dem Präsidentenmörder Niewiadomski treibt. Aber man muß zum vollen Verständnis der Tat auch auf die Kirchenpolitik zurückgehen, die Polen gegenüber der russisch-orthodoxen Kirche in seinem Lande betreibt. Abgesehen nämlich von Schikanen und Bedrückungen, wie Schließung von Kirchen und Wegnahme von Kirchenbesitz hat die polnische Regierung seit Jahresfrist eine planmäßige Trennung der russisch-orthodoxen Kirche in Polen von ihrem natürlichen und historischen Zusammenhang mit Moskau betrieben. Der ermordete Metropolit war ein gefügiges Werkzeug dieser polnischen Politik. Das hat ihm jetzt das Leben gekostet, denn weite Kreise der Orthodoxen in Polen und ihrer Geistlichkeit sahen in dem Vorgehen Polens und des Metropoliten eine Vergewaltigung ihrer Rechte.

Sozialdemokratische Anfrage.

Im Preußischen Landtag haben unsere Genossen folgende Große Anfrage eingebracht:

„Am 31. Januar sind auf der Heinitzgrube in Oberschlesien infolge einer Explosion 143 Bergleute teils durch Kohlenoxydgasvergiftung, teils durch starke Verbrennungen, zu Tode verunglückt.

Obwohl die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, steht nach den bisherigen Feststellungen des Unfallausschusses der Grubensicherheitskommission beim Oberbergamt in Breslau fest, daß es sich um eine Kohlenstaubexplosion im Valeska-Flöz handelt.

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß das Unglück nur deshalb einen so großen Umfang annehmen konnte, weil die bergbehördlich vorgeschriebene Berieselung der Zugangsstrecken zu den Arbeitsorten nicht ausgeführt worden ist?

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die vorgeschriebenen bergpolizeilichen Vorschriften zur Durchführung zu bringen, sowie die vielfach festgestellten Mißstände, die in ursächlichem und ausdehnendem Zusammenhang mit diesem schrecklichen Unglück stehen, zu beseitigen und damit derartige schreckliche Unglücksfälle zu verhindern?"

Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der Brennstoffwirtschaft in Amerika.

Berlin, 19. Februar.

Am Sonnabend hielten die technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschüsse des Reichskohlenrates eine gemeinsame Sitzung ab. Oberingenieur Bleibtreu referierte über seine im Auftrag des Reichskohlenrates unternommene Rundreise in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er behandelte insbesondere die Entwicklung der Brennstoffwirtschaft, der Brennstofftechnik und des Verkehrswesens der Vereinigten Staaten seit dem Kriege. Die staatlichen Eingriffe in die Kohlenwirtschaft und das Eisenbahnwesen waren Kriegsmaßnahmen, die inzwischen fast völlig abgebaut worden sind. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß Amerika zu der freien Wirtschaft in ursprünglichem Sinne des Wortes zurückgekehrt ist, da sich der Staat in zunehmendem Maße ein Aufsichtsrecht in den Betrieben ausbedingt. Der Krieg hatte zu einer Ueberentwicklung des amerikanischen Bergbaues geführt. Zuviel Gruben (auch wenig ergiebige) und zu viel Bergarbeiter! Die Steigerung der Kohlenproduktion hielt auch nach dem Waffenstillstand zunächst noch an, da der Export nach Europa Luft schaffte. Dann kam aber die Reparationskohle. Auch die Ausfuhr von Bunkerkohle wurde eingeschränkt, da die Handelsschiffahrt still lag. Hatten die Grubenbesitzer im Krieg enorm verdient, so hatten sie jetzt vielfach Unterbilanzen. Nach dem Fortfall der staatlichen Höchstpreise entstand eine wüste Spekulation und Preistreiberei, unter der besonders die Kraftwerke zu leiden hatten. Sie forderten deshalb für die Regierung das Recht, in die Bücher der Grubenbesitzer Einblick zu nehmen. Die Forderungen der Kraftwerke drangen in der Hauptsache durch. Staatssekretär Hoover empfahl zunächst Höchstpreise und hatte merkwürdigerweise Erfolg. Im allgemeinen wurden diese Preise nicht überschritten. Die gesetzlich eingerichtete Kohlenkommission aus sieben Mitgliedern, die vom Präsidenten ernannt werden, ist ein beratendes Organ für den Kongreß und den Senat. Ihre Aufgabe besteht darin, Vorschläge über die Rentabilität und über Stillegung zu machen. Jedes Mitglied hat das Recht, sich Einblick in die Bücher der Grubenbesitzer zwecks Festsetzung der Selbstkosten zu verschaffen. Auch bei der Eisenbahn ist zunächst ein Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft festzustellen. Aber auch hier setzte alsbald eine rückläufige Bewegung ein, die zur staatlichen Kontrolle führte. Der von den Vereinigten Staaten eingeschlagene Weg läßt sich also etwa so kennzeichnen: Wahrung der privatwirtschaftlichen Struktur der Wirtschaft, in die der Staat nicht als verwaltendes, wohl aber als regelndes Organ eingreift.

Der Vortragende ging dann auf die Entwicklung der sozialen Verhältnisse ein: Der Gewerkschaftsgedanke hat an Kraft beträchtlich zugenommen. Aktuell ist zurzeit die Frage des Lohnabbaues, in erster Linie im Bergbau, dann in der Schwerindustrie, weniger bei der Eisenbahn. Die Arbeitsleistung hat sich beträchtlich gehoben und in der Schwerindustrie übertrifft sie bereits die Friedensleistungen. Die Arbeitszeit beträgt vielfach 10 und auf Hüttenwerken sogar 12 Stunden. Bei der Eisenbahn ist der Achtstundentag behauptet worden. Man versucht, den Produktionsausfall durch technische und organisatorische Maßnahmen wieder wettzumachen.

Die Mark in der vergangenen Woche.

Die Besserung des Markstandes hat in der vorigen Woche bis einschließlich Freitag angehalten. Am Sonnabend fiel dann ein kleiner Rückschlag ein, der die Mark auf den Stand vom Donnerstag zurückwarf. Am gestrigen Montag setzte sich die rückläufige Bewegung fort. Statt einer Friedensmark waren an den einzelnen Tagen der vergangenen Woche in den genannten Ländern zu zahlen:

Papiermark.

Februar	12.	13.	14.	15.	16.	17.
Nordamerika	6684	6611	5608	4658	4510	4658
Schweden	6568	6546	5499	4587	4369	4587
Holland	6531	6502	5492	4557	4428	4542
Schweiz	6546	5515	5486	4520	4501	4539
Argentinien	6421	6388	5424	4504	4364	4473
England	6881	6356	5354	4487	1148	4449
Spanien	5888	5877	4507	3725	3694	3744
Dänemark	4658	4676	3919	3273	3117	3286
Norwegen	4605	4654	3874	3206	3050	3215
Japan	3317	3317	2798	2269	2260	2294
Brasilien	3142	3142	2643	2145	2145	2170
Frankreich	2112	2109	1749	1422	1416	1428
Belgien	1866	1868	1517	1244	1244	1256
Italien	1656	1650	1379	1127	1127	1145
Tschechoslowakei	880	870	827	675	678	697
Finnland	929	919	766	628	686	659
Südslawien	348	348	297	239	228	237
Bulgarien	204	201	160	133	136	143
Ungarn	12,86	12,44	10,40	8,37	8,15	8,36
Oesterreich	0,46	0,46	0,39	0,32	0,31	0,32

Die Reihenfolge der Staaten nach ihrer Valutastärke ist, abgesehen von kleinen, vorübergehenden Verschiebungen, unverändert geblieben. Im Durchschnitt hat die Besserung des Markstandes vom Montag bis Sonnabend ein Drittel betragen, das heißt also: für je drei Mark am 12. Februar brauchten am 17. Februar nur je zwei Mark bezahlt zu werden. Vergleichen wir Sonnabend, den 10. Februar, mit Sonnabend, den 17. Februar, so beträgt die Besserung sogar 38 Prozent, mithin fast zwei Fünftel. — Und die Warenpreise?

Th.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	19. 2. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8600	7700
1 dänische Krone	4200	3750
1 italienische Lira	1040	930
1 Pfund Sterling	103000	92000
1 Dollar	22000	19500
1 französischer Frank	1300	1175
1 Schweizer Frank	4100	3750
1 tschechische Krone	640	585

Tendenz: Fest.

Aus dem hallischen Gewerkschaftsleben.

Zum Lohnkampf im hallischen Friseurgewerbe.

Am Dienstag, dem 13. Februar, trafen sich die Lohnkommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Friseurgewerbes erneut zu Verhandlungen. Wie nicht anders zu erwarten, endeten auch diese Verhandlungen wie das Hornberger Schießen. Es zeigte sich neuerdings, daß die Arbeitgeber es wohl verstehen, ihre Preisbildung entsprechend einzustellen, aber für die berechtigten Forderungen ihrer Angestellten kein Verständnis haben. Angeblich sehen sie unsere Notlage wohl ein, behaupten aber, leider nichts geben zu können. Neuerdings beabsichtigen sie sogar, überhaupt keinen Abschluß mit uns mehr zu tätigen, sondern mit ihren Gehilfen nur noch persönliche Abmachungen treffen zu wollen. Wer darauf hereinfällt, der ist nicht zu bedauern. Wir warnen aber alle unsere Kollegen dringend vor derartigen privaten Abmachungen, die sich nur zu ihrem eigenen Schaden auswirken würden. Die Arbeitgeber versuchen damit lediglich eine Zerschlagung unserer ihnen so verhaßten Organisation herbeizuführen. Kolleginnen und Kollegen, seid gewarnt und hütet Euch vor solchen Verlockungen. Unsere Forderungen sind dem Schlichtungsausschuß bereits übermittelt, und wir hoffen, daß wir dort mehr soziales Einsehen finden als bei den Zünftlern.

Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe, Zweigverein Halle.

Zum Streik bei der Firma Gellert.

Der Streik bei der Firma Gellert geht weiter. Die hallischen Kollegen stehen fest und geschlossen. Leider sind uns einige Kollegen von Wernigerode in den Rücken gefallen und als Streikbrecher in den Betrieb zurückgegangen. Es sind dies: Willi Möser, Gr. Steinstraße 24; Hermann Sperling, Otto Büttner und dessen Frau, Albrechtstraße 24. Alle vier sind organisiert im Steinarbeiterverband und zugezogen aus Wernigerode. Maurer und Bauarbeiter, übt Solidarität und arbeitet nicht mit Terrazzoarbeitern von Firma Gellert zusammen, da diese Streikbrecher sind. Die Streikleitung.

Die Kartelldelegierten der VSPD. werden zu einer am Donnerstag, dem 22. Februar, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 1a, stattfindenden Fraktionssitzung eingeladen. Es wird auf vollzähliges Erscheinen gerechnet.

Aus aller Welt.

Furchtbare Brandkatastrophen.

25 Personen in einer Irrenanstalt verbrannt.

Neuyork, 19. Februar. Bei einem Brande in der staatlichen Irrenanstalt von Manhattan, einem Stadtteil von Groß-Neuyork, sind gestern morgen um 5 Uhr 22 Patienten und 3 Krankenschwestern, die meisten von den Patienten in ihren Isolierzellen, verbrannt. Trotz der großen Kälte entflohen viele Kranke in das schneebedeckte Land, wurden aber schließlich wieder ergriffen.

Durch ein anderes großes Schadenfeuer wurden die Ateliers der Cosmopolitan Film Company vollständig zerstört. Der Sachschaden beträgt 200 000 Pfund Sterling.

Wiener Hotelbrand.

Wien, 19. Februar. In der Nacht zum Montag gegen 11 Uhr geriet das große Parkhotel in Hietzing in Brand. Der Brand scheint durch Kurzschluß entstanden zu sein und dauerte bis über 2 Uhr nachts an. Nachdem der Dachstuhl ein Opfer der Flammen geworden war, griff das Feuer auch auf das dritte Stockwerk über. Das ganze Hotel mußte geräumt werden. Die Löscharbeiten vollzogen sich nur unter großen Schwierigkeiten, da starker Wassermangel herrschte. Zahlreiche Fälle von Rauchvergiftung mußten ärztlich behandelt werden. In der Nachbarschaft gelegene Gebäude waren infolge des Funkenflugs zeitweilig sehr gefährdet.

Ein französischer Schnellzug entgleist.

12 Tote, 40 Verletzte.

Paris, 19. Februar. Durch ein schweres Eisenbahnunglück wurde die französische Ostbahn heimgesucht. Der Schnellzug Paris—Straßburg fuhr in der Nähe von Pont-à-Vinson in einen rangierenden Güterzug. Es werden 12 Tote und 40 Verletzte gemeldet. Die Maschine, der Tender und der erste Wagen des Schnellzugs wurden vollkommen zertrümmert und versperrten mit ihren Trümmern die beiden Eisenbahnlinien. Die folgenden Wagen des Schnellzugs sprangen von den Schienen und wurden ebenfalls schwer beschädigt. Die Lokomotive und vier Wagen des Güterzugs wurden aus den Schienen geworfen und stürzten um. Das Bahnhofspersonal von Pont-à-Vinson und die Bewohner der in der Nähe befindlichen Häuser gewährten den Verletzten die erste Hilfe.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz, für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Halle/Saale, Harz 42/44.

Spätinghof.

54]

Roman von K. v. d. Eider.

„Das ist die Bitterkeit, die ich um meiner Liebe willen erdulden muß," dachte sie.

Jan hatte nicht so viel unter dem Gerede zu leiden als Frauke. Er war auch nicht so empfindlich und spürte die feinen Nadelstiche nicht. Doch wurde ihm mehrmals von guten Freunden geraten, der „Person" doch zu kündigen. Wenn sie jetzt abends beieinander saßen, waren beide ernst und bedrückt.

Manchmal machte Frauke ihrem Herzen Luft und weinte sich satt, und Jan saß hilflos daneben und wußte nicht, womit er sie trösten sollte. Aber voneinander lassen konnten sie nicht, jetzt nicht mehr.

Und wieder vergingen Jahre in der gemeinsamen Arbeit, in gemeinsam getragenem Leid.

Frauke verlor ihre köstliche Frische; sie wurde mager, und die feinen Linien auf ihrer Stirn vertieften sich. Aber ihre Augen blickten so klar wie früher, sie trug den Kopf so hoch und stolz wie ehemals.

XV.

Tine Thomsen war 40 Jahre alt. Sie saß an dem Fenster des Hofstübchens und blickte hinunter auf den mit Katzenkopfsteinen gepflasterten Hof. Sie überdachte sich, wie ruhig und gleichmäßig ihr Leben hier in der großen, unruhigen Stadt dahinfloß, und wie bewegt es ehemals in der Marsch gewesen war. Und wieder dachte sie nach, ob es wohl so bleiben würde, jahraus, jahrein. Ob sie immer nur den öden, gepflasterten Hof und die kleinen Fenster der armseligen Hofwohnungen sehen würde. Ob man sie, wenn ihre Zeit um war, von hier aus forttragen würde nach dem Friedhofe?

Ein Gefühl der Sehnsucht überkam sie, der Sehnsucht nach dem Lande, nach kleinen Häusern und stillen Landwegen, nach einem Gärtchen, in dem Sauerampfer und Riechkraut wuchsen.

Sie sehnte sich nach frischer Landluft, und ihre eingesunkene Brust hob sich, wenn sie daran dachte.

In Hamburg ging sie fast gar nicht ins Freie. Seitdem sie einmal in der Ferne jemand aus Witzwort gesehen hatte, war sie scheu geworden.

Ihre Gesundheit war seit einigen Jahren stark erschüttert. Das Leben in dem dumpfen Stübchen, die angestrengte Näharbeit, die Seelenkämpfe, die sie durchgemacht hatte, untergruben sie. Als sich dann einmal eine bösartige Influenza einstellte, dauerte es viele Wochen, ehe sie sich wieder erholte. Auch dann wurde sie nie wieder so frisch wie vordem. Sie behielt einen häßlichen Husten zurück, und mitunter fühlte sie dazu ein Stechen in der Brust. Ihre Wangen waren eingefallen, ihr Haar von silbernen Streifen durchzogen. Ihr Rücken war gekrümmt vom Sitzen an der Maschine. Nur die wunderbaren Augen und der rührende Zug um den kleinen Mund erzählten von ihrer ehemaligen Schönheit.

Aber Tine war ja nicht eitel. Hatte sie früher nie gewußt, daß sie schön war, merkte sie auch jetzt nicht, daß sie ihre Schönheit verloren hatte.

Sie lebte nur für ihre Tochter, und wenn sie wünschte, jemals herauszukommen aus dieser engen Stube, so war es Jannes wegen.

Auf Janne vereinigten sich alle ihre Gedanken und Wünsche, ihre Träume und Hoffnungen; für sie sorgte und betete sie. Wenn Janne abends von ihrer Nähstelle nach Hause kam und im kurzen Jackett und Matrosenhütchen ins Zimmer trat, dann brach für Tine der Tag an, der Tag mit Lachen und Sonnenschein.

Janne war groß und kräftig geworden. Sie hatte nicht die Schönheit der Mutter geerbt, aber sie sah gesund und hübsch aus und war immer vergnügt und guter Dinge.

Liese Petersen war fast dieselbe geblieben, höchstens daß ihr Gesicht ein paar Runzeln mehr und einige Zähne weniger aufwies, und daß ihr Haar noch einen Strich mehr ins Silbergraue bekommen hatte. Aber sonst war es noch die alte Liese Petersen mit dem goldguten Herzen und der groben Art. Sie wandte noch immer ihre Güte jedem zu, der sie brauchte, und zankte sich noch immer Sonntags nachmittags beim Kaffee und Klöben mit ihrem Schwager und ihrer Schwester. Ihre drei Nichten und der Neffe, die inzwischen hübsch herangewachsen waren, zählten in ihren Augen noch immer zum Kroppzeug.

Liese hatte auch noch immer die alte heimliche Sehnsucht nach dem Lande, und diese Sehnsucht, die ein halbes Menschenleben ihre Seele erfüllt hatte, sollte an ihrem Lebensabend erfüllt werden.

Eines Tages brachte der Briefträger einen großen Einschreibebrief, und als Liese, die gegen Telegramme und Einschreibebriefe ein großes Mißtrauen hegte, diesen mit Widerwillen öffnete, fand sich, daß es ein Brief aus Holstein von dem Amtsgericht Heide war.

Es wurde Fräulein Luise Petersen, wohnhaft zu Hamburg, darin mitgeteilt, daß ihr verstorbener Bruder, der Uhrmacher Hans Petersen zu Hellingstedt, sie zur Universalerbin seines Vermögens, bestehend aus einem Hause nebst Inventar und 9700 Mark Bargeld, außer 3000 Mark, die ihre Schwester Maria erhalten sollte, eingesetzt hatte.

Liese mußte sich schleunigst auf einen Stuhl setzen, so zitterten ihre Knie. Das Glück alterierte sie förmlich.

„Na, so was lebt nicht mehr. Deern, Tine, was sagst du?"

„Du hast es verdient, Liese."

„Ist nicht wahr. Red' nicht so was. Warum hab' ich ihm nicht wenigstens mal einen Hamburger Klöben geschickt. Zwanzig Jahre hab' ich ihn nun nicht gesehen, und nun ist er tot. Ob seine Frau auch tot ist? Wird sie wohl. Sonst hätte sie es nicht zugegeben, daß er mir all den Kram vermachte. Sie hatte es nicht gut auf mich. Gott hab' sie selig. — O Tine, jetzt verkaufen wir alles und ziehen nach Dithmarschen!"

„Ich, soll ich denn mit?"

„Natürlich!"

„Aber das geht doch nicht. Nein, Liese, ich habe doch nicht geerbt."

„Dummes Gör, willst du mir wieder dreinreden? Du kommst mit, und damit basta! Punktum! Streue Sand auf!"

Jetzt mußte Tine doch lachen, obgleich ihr die Brust dabei weh tat.

„Aber Janne?"

Ja, Janne hatte große Lust! Sie freute sich riesig über die Veränderung. Ihr siebzehnjähriges Herz war noch frei, es hing nicht an Hamburg.

Liese schmiedete Pläne; es war Grobschmiederei, aber gut gemeint.

„Wir wohnen nach der Straße und schlafen nach hinten. Die Ziege gibt Milch und Butter, wenn sie noch da ist. Viel gearbeitet wird nicht. Janne wird schon etwas zu nähen finden, denn Hellingstedt ist ein großes Dorf. Aber Tine tut erst mal ein paar Jahre gar nichts. Wir sind ja jetzt reich. Sie soll erst mal ihren Husten los werden. Willst wohl stille sein! Du setzest dich in den Garten und guckst auf den See oder die grüne Wiese. Wenn der See bloß noch da ist."

Tine hatte noch ein kleines Bedenken: „Ich hatte einen Bekannten, der war Knecht in Dithmarschen."

„Aber Deern. Dithmarschen ist ja so groß, es ist ja eine ganze Provinz oder gar ein Herzogtum. Und denkt du denn, daß du noch so aussiehst, wie vor siebzehn Jahren? O jemine!"

Rascher als gedacht war alles erledigt, der Hausrat verkauft, geordnet, gepackt, und eines Vormittags geleitete der Schreiber mit seiner ganzen Familie die Frauen zum Bahnhof. Der kleine Steuerschreiber warf sich in die Brust, seine Frau hatte ja auch ein schönes Stück Geld geerbt.

„Adieu, adieu, nächsten Sommer besucht ihr uns, die Grete kommt mit, die muß ihre Bleichsucht auf dem Lande kurieren." (Grete war der Liebling der Tante.)

Endlich fuhr der Zug ab. Sie fuhren aus der großen Stadt hinaus. Grüne Felder wurden sichtbar, kleine, strohgedeckte Häuser, Bauern in Hemdsärmeln. Tines Augen wurden naß; in ihrer kranken Brust regte sich ein kleines Gefühl der Hoffnung.

Janne genoß diese erste Reise wie ein Kind, sie freute sich über alles Neue, sie malte sich alles rosig und schön aus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0003

Das neue preußische Hebammengesetz.

Von Obersekretär **Rehls** (Eisleben).

Mit dem 1. April 1923 tritt das Gesetz über Hebammenwesen vom 20. Juli 1922 (Preußische Gesetzsamml. Seite 179 ff.) in Kraft. Das Gesetz umfaßt 45 Paragraphen. Es ist für die Land- und Stadtkreise von recht einschneidender Bedeutung. Ueber die Durchführung dieses Gesetzes ist bisher wenig lautbar geworden.

Der § 1 handelt von dem Recht auf Hebammenhilfe. Dieses erstreckt sich darauf, daß jeder Frau in Preußen das Recht auf Hebammenhilfe zusteht.

Der zweite Abschnitt handelt von der

Ausübung der Geburtshilfe.

Er umfaßt die §§ 2 bis 10. Hiernach darf die Geburtshilfe nur von Frauen ausgeübt werden, die im Besitze eines Prüfungszeugnisses sind, daß sie von einer zuständigen preußischen Behörde erhalten haben, oder wenn sie auf Grund einer außerhalb Preußens erfolgten gleichwertigen Ausbildung vom Minister für Volkswohlfahrt als Hebamme zugelassen sind, und wenn ihnen eine Niederlassungsgenehmigung erteilt ist. Diese wird für einen örtlichen Bezirk (Niederlassungsgebiet) nach Maßgabe der Bevölkerungsdichtigkeit und der Entfernungsverhältnisse erteilt. Die Niederlassungsgenehmigung ist zu versagen, wenn das Bedürfnis nach Hebammenhilfe in dem betreffenden Bezirk bereits ausreichend gedeckt ist, oder wenn Tatsachen vorliegen, die der Niederlassung entgegenstehen. Sie kann zurückgenommen werden, wenn die zugelassene Hebamme gegen die Vorschriften über die Geburtshilfe verstößt oder sich nicht als befähigt erweist. Zuständig für die Erteilung und die Zurücknahme der Genehmigung ist in Landkreisen der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Magistrat (Bürgermeister). Vor der Erteilung und der Zurücknahme der Genehmigung ist die Kreishebammenstelle zu hören. Der Hebamme steht gegen die Versagung oder Zurücknahme das Recht der Beschwerde beim Bezirksausschuß zu, der nach Anhörung der Provinzhebammenstelle entscheidet.

Der nächste Abschnitt handelt von den

Pflichten der Hebammen.

Er umfaßt die §§ 11 bis 14. Nach ihm haben sich die Hebammen nach Maßgabe der hierzu ergehenden Vorschriften des Ministers für Volkswohlfahrt Nachprüfungen zu unterziehen und an Fortbildungslehrgängen teilzunehmen. Außer der Ausübung der Geburtshilfe darf sie ohne Genehmigung der Kreishebammenstelle keine andere Erwerbstätigkeit ausüben. Die Berufstätigkeit der Hebammen unterliegt der Aufsicht des Kreisarztes.

Die §§ 15 und 16 handeln von den

Gebühren der Hebammen.

Nach wie vor wird die Gebührenordnung von dem Regierungspräsidenten erlassen. Es werden drei Teuerungsklassen gebildet. Vor dem Erlaß der Gebührenordnung sind die Provinzialhebammenstelle, die Kreisausschüsse und die Gemeindevorstände der Stadtkreise zu hören. Bei Streitigkeiten über die Höhe einer Gebühr setzt der Landrat und in den Stadtkreisen der Bürgermeister nach Anhörung der Kreishebammenstelle und des Zahlungspflichtigen nach Maßgabe der Gebührenordnung fest. Gegen diese Festsetzung ist die Beschwerde an den Bezirksausschuß zulässig, der nach Anhörung der Provinzialhebammenstelle endgültig entscheidet.

Nach dem nun folgenden Abschnitt, der von den besonderen Bestimmungen für Hebammen, die eine Niederlassungsgenehmigung erhalten haben (§§ 17 bis 20), handelt, haben die Hebammen an den Kreis, in dessen Gebiet sie wohnen, Anspruch auf Zuschuß, wenn ihr Jahreseinkommen aus ihrer Hebammen-Berufstätigkeit einen bestimmten Mindestbetrag nicht erreicht. Der Mindestsatz bestimmt sich nach der Teuerungsklasse, zu der der Wohnort der Hebamme gehört. Versichert sich eine Hebamme gegen Alter, dauernde Berufsstätigkeit oder Invalidität, so hat ihr der Kreis bis zu einer bestimmten Höhe die Hälfte der Beiträge zu erstatten. Für die Teilnahme an einer Nachprüfung und an einem Fortbildungslehrgang ist der Hebamme von dem Kreise eine Reisekostenentschädigung und angemessenes Tagegeld zu gewähren. Desgleichen ist sie für Hilfeleistung in der Säuglingsfürsorge zu entschädigen.

Die §§ 21 bis 28 behandeln

das Wesen der Bezirkshebammen.

Eine Annahme von Bezirkshebammen findet nur statt, wenn das Bedürfnis eines Bezirkes nach einwandfreier Hebammenhilfe nicht durch Hebammen gedeckt werden kann, die Annahme erfolgt durch den Kreisausschuß, in Stadtkreisen durch den Magistrat. Diesen Stellen steht auch das Kündigungsrecht nach Anhörung der Kreishebammenstelle zu.

Besonders wichtig ist der nun folgende Abschnitt

„Hebammenstellen“,

der die §§ 29 bis 38 umschließt. Nach ihm ist für jeden Stadt- und Landkreis mindestens eine Kreishebammenstelle einzurichten. Die Kosten dieser Stelle trägt der Kreis. Der Kreishebammenstelle müssen außer Hebammen und Müttern ein Vertreter des Kreisausschusses, in Stadtkreisen des Gemeindevorstandes (Magistrat), der zuständige Kreisarzt und zwei Vertreter der Träger der öffentlichen Krankenversicherung angehören. Die Berufung weiterer Mitglieder ist zulässig. Die Hebammen und Mütter müssen in der Kreishebammenstelle in gleicher Anzahl vertreten sein. Die Wahlen der Hebammen und der Mütter erfolgen auf Grund des Verhältniswahlverfahrens, und zwar für die Hebammen durch schriftliche Abstimmung aller im Bezirk wohnenden Hebammen, für die Mütter durch den Kreistag und in Stadtkreisen durch die Stadtverordnetenversammlung. Die Vertreter der Krankenversicherung werden, wenn keine Einigung unter den beteiligten Kassen zustande kommt, nach den Vorschriften gewählt, die für die Wahl der Beisitzer zum Versicherungsamt gelten. Für jedes gewählte Mitglied ist in gleicher Weise ein Stellvertreter zu wählen. Die Wahlzeit dauert 4 Jahre. Sollen noch übrige Personen der Hebammenstelle angehören, so sind diese durch den Kreistag oder die Stadtverordnetenversammlung zu berufen. Die Zusammensetzung wird durch Kreis- oder Ortssatzung geregelt. Die Geschäftsordnung erläßt der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Magistrat.

Für jede Provinz ist

eine Provinzialhebammenstelle

zu bilden. Ihr müssen angehören ein Vertreter des Provinzialausschusses, ein Regierungs- und Medizinalrat, ein Direktor einer Hebammenlehranstalt sowie drei Hebammen, drei Mütter und zwei Vertreter der öffentlichen Krankenversicherung.

§ 39 handelt von der

Staatsbeihilfe,

die zur Gewährung von Beihilfen zur Aufbringung der durch dieses Gesetz entstehenden Kosten für das Bezirkshebammenwesen bereitzustellen sind.

Aus den

Uebergangs- und Strafbestimmungen

§§ 40 bis 45 ist besonders hervorzuheben, daß Hebammen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Prüfungszeugnis erworben haben, und Frauen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Hebammenausbildung befinden, bei der Erteilung der Niederlassungsgenehmigung und bei der Annahme als Bezirkshebamme in erster Linie zu berücksichtigen sind. Hebammen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes das Prüfungszeugnis erworben haben, bedürfen einer Niederlassungsgenehmigung oder einer Annahme als Bezirkshebamme erst nach Ablauf von 5 Jahren seit diesem Zeitpunkt. Vorher bedürfen sie einer Genehmigung nur dann, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ihren Wohnort wechseln oder länger als ein Jahr hintereinander ihren Beruf nicht ausüben.

Zu diesem Gesetz wird von dem Minister für Volkswohlfahrt eine Ausführungsbestimmung erlassen werden.

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat Halle (Saale), Harz 42/44 Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1028

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Jungsozialisten. Dienstag, den 20. Febr., 7 Uhr, beginnt der literarische Abend (Leitung: Genosse v. Schaewen). Behandelt wird Hofmannsthals „Jedermann“. Lokal: Jugendheim.

Kartelldelegierte der VSPD. Donnerstag, den 22. Febr., im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, Fraktionssitzung. Es wird auf vollzähliges Erscheinen gerechnet.

Soz. Arbeiter-Jugend. Heute Dienstag abend 7 Uhr, bei der Genossin Gerlach, Gr. Brunnenstr. 51a, Probe zur Aufführung von Spielmannsschuld. Sämtliche Rolleninhaber müssen erscheinen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend, Bezirk Halle-Merseburg, Bezirksleitung Halle, Harz 42/44, Zimmer 24, Vors. Alfred Zoll. Wir geben hierdurch bekannt, daß unser Büro und Einkaufszentrale nur Freitags und Sonnabends von 6—8 Uhr geöffnet ist. An allen anderen Tagen ist das Büro für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Wir bitten dies genau beachten zu wollen und weisen darauf hin, daß das Büro kein Aufenthaltsraum ist.

Diemitz. Dienstag, den 20. Febr., abds. 1/28 Uhr, in der Wohnung des Genossen Lehmer, ..auerstr. 3: Mitgliederversammlung. U. a. Vortrag des Genossen Petersdorff (Halle). Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Merseburg. Freitag, den 23. Februar, 7½ Uhr, Seffnerstr. 4, II: Frauenversammlung. Genossin Mazelt (Görlitz) spricht über Wohlfahrtspflege. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Delitzsch. Achtung, Kartelldelegierte. Dienstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr im „Lindenhof“: Außerordentliche Kartellsitzung. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent Gen. Leiklirg, Merseburg. Alle Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorstände müssen erscheinen.

Wittenberg. Dienstag, den 20. Febr., abends 7 Uhr, bei Muths: Oeffentliche Versammlung. Thema: Die Ruhrbesetzung und das Deutsche Volk.

Vereinsanzeiger

Halle.

Die Naturfreunde. Stadtheim: Weidenplan 20. Zahlabend Freitags von 1/28—10 Uhr. Jeden Dienstag abend 7½ Uhr: Gruppenabende. — Mittwoch: Naturw. A.-G. im Heim Weidenplan Lichtbilder - Vortrag. — Donnerstag, im „Volkspark“: Probe zum Sonnabend. — Sonnabend, im kleinen Volksparksaal: Fastnachtsspiele.

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen zur Herstellung von
Drucksachen aller Art
in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.
Halle a. d. S. : Tel. 6605 : Harz 42/44

Stadt-Theater. Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Die Zauberflöte** Donnerstag: **Wilhelm Tell.** 3070

Sohlleder-Ausschnitt Gummi-Sohlen Gummi-Absätze Große Auswahl Billigste Preise **Paul Andersch,** Magdeburger Str. 8.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor** A. Abramowitz, Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden). 3059

Kaufe für eigenen Bedarf **Gold-, Silber-** Bruch **Uhren** aller Art zahle hohe Preise. **Hermann Koch,** Uhrmacher, 1 Pfännerhöhe 1.

Küchen, Kleiderschränke, Vertikos, Ausziehtische, Stühle, Damenschreibtische verkauft 3069 **Karl Trautmann** Gr. Ulrichstraße 26, Ecke Jägergasse.

Grammophon-Platten! für 5 alte 1 neue u. Bruch zu höchst. Preis. kauft **H. Müller** Gr. Märkerstr. 8. Leipziger Str. 18.

Zu verk. gut erhalt. blauer **Anzug,** mittl. klein. Größe. **Minke,** Hardenbergstr. 15 I.

Bruchkranke können auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werd. Nächste Sprechstunde am 24. Februar 1923 in Halle, Hotel „Europa“, von 9—12 Uhr. 3061 **Dr. med. Laabs,** Arzt, Spezialist für Bruchleiden, Berlin W. 50, Rankestr. 33

Halt! Kleine Anzeigen wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Die praktische Hausfrau kennt die Vorzüge des Süßstoffs. Sie ersetzt oder streckt damit den teuren Zucker. Aus eigener Erfahrung weiß sie auch, daß Süßstoff bekömmlich ist. Sie verwendet ihn aber sparsam und nur nach Geschmack. 3062 Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Handarbeiten für Frauen und Mädchen

Anleitung zur Hausschneiderei Mit 45 Abb. (208/10)
Kleider- und Wäschestoffe, ihre Erkennung und Unterscheidung. (481)
Teneriffa- oder Sonnenspitzen. Mit 47 Abb. (514)
Weißstickerei. 46 Abb. (19)
Altdeutsche Zierstickerei. Mit 50 Abb. (106)

Selbstunterricht im Feinplätten. (695)
Spitzenklöppeln. Mit 42 Abb. (101)
Filetdurchzug und Filetgipüre. 37 Abb. (157)
Musterbuch für Häkelarbeiten. 48 Abb. (153)
Arbeiten aus Seidenresten. 9 Abb. (73)
Selbstgefertigte Teppiche. Mit Abb. u. 1 Taf. (432/3)
Selbstgefertigte Taschen. Mit 9 Abb. (572)
Einfache Batikfärberei. 8 Abb. (569)
Auf- u. Umfärben sämtl. Stoffe u. Kleidungsstücke. 7 Abb. (639)
Lein- und Hanfbau mit Hausweberei. Mit 25 Abb. (615)

Zu beziehen durch die **„Volksblatt“-Buchhandlung** Halle (Saale), nur Gr. Ulrichstrasse 27.

Gold- Brillanten, Platin-, Silber-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **J. Sender,** Juwelier und Goldarbeiter. **Gr. Ulrichstr. 25** neben Beths Bunte Bühne.

800 000 Dollar Belohnung zahle ich nicht. Sie erhalten aber den reellen Wert trotz Dollarschwankung, wenn Sie jetzt Ihr Gold-, Silber-, Platin-, Doublé-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe bei mir verkaufen. Luxussteuer brauchen Sie nicht zu zahlen. **Max Neugebauer,** Uhrmacher. 3066 Neumarktstr. 12 : Laden : Neumarktstr. 12 : Laden :

Vogel's Einkaufs-Zentrale Landwehrstr. 20 (1 Min. v. Bahnhof) kauft zu höchsten Tagespreisen 3063 **Felle, Wolle, Säcke und Roßhaare.** Tausche Wolle gegen Strickwolle.

Werbt neue Leser!

Gold- 2743 Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten kauft **Emil Poenitzsch jun.** Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.)

Wichtig! Erlösung von der Schwangerschaft! Ein Ratgeber für Eheleute! Von Luise Otto. Preis nur 180 Mk., mit Porto 210 Mk. Baldige Bestellung erwünscht. Um Voreinsendung wird gebeten. **Volksblatt - Buchhandlung** Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Eine ganze Bibliothek für nur 1800 Mark erhalten Sie durch das **Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923** Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B. wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsgliederung, Kartelle, Trusts, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Reichsmietengesetz, Lohnsteuer, Bildungswesen, Valutafragen, Staatsbankrott, Indexziffern, Wirtschaftsstatistik (Preise, Löhne, Kurse, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.) Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen stets hilft Ihnen schnell und sicher das **Arbeitnehmer-Jahrbuch** In Taschenformat gebunden **Preis 1800 Mark** Zu beziehen durch die **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. d. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Ich offeriere einen großen Posten **Weinbrand-Verschnitt** 38/40 % à Liter 9000 Mk. Urkemp-Fabrikate **Nordhäuser** 35 % à Liter 8000 Mk. **Breslauer Korn** (weiß) 40 % à Liter 9000 Mk. Sämtliche Liköre (Urkemp u. a. erstklassige Fabrikate) à Liter 10 000 Mk. Fässer und Ballons müssen gestellt werden, auch liefere in Flaschen ab meinem Lager. Erbitte Eilaufträge, da Preise in Kürze weit höher. **A. Willy Friedrich** Handelsvertreter für Wein- und Spirituosen zum Großhandel zugelassen **Halle a. S., Gütchenstrasse 14** Telephon 2866 3071

Schuhverkauf für die Gewerkschaftsmitglieder beim Kolleg. 3031 **Curt Bachmann, Thomasiusstr. 47, III.**

Kaufe laufend **Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle** und andere Rohprodukte 2827 **P. Günther** Graseweg 8 Telephon 6130

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung

Amtliche Bekanntmachungen

Im Gegensatz zu irreführenden Pressenotizen geben wir hiermit ausdrücklich bekannt, daß wir nicht beabsichtigen, die zum Zwecke der Gewerbesteuerveranlagung versandten Fragebogen zurückzuziehen. Die Beantwortungsfrist wird allgemein bis zum 28. Februar verlängert, nur in besonders gearteten Fällen können darüber hinaus noch Nachfristen bewilligt werden. Auch in eine Aenderung des Fragebogens beabsichtigen wir nicht einzutreten.

Halle, den 18. Februar 1923. 3068

Der Magistrat, Steuerverwaltung.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 19. Februar 1923

Gattung	a) Für 50 kg Fleischgewicht: 1. höchster Preis ℳ	2. niedrigster Preis ℳ	3. häufigster Preis ℳ	b) Für 50 kg aus dem Auslande eingeführtes: Gefrierfleisch ℳ	frisches Fleisch ℳ
Ochsen	320000	200000	280000	180000	—
Bullen	300000	240000	280000	bis	—
Kühe	320000	200000	280000	220000	—
Jungrinder	—	—	—	—	—
Masttälber (einschl. Lunge und Leber)	—	—	—	—	—
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	320000	260000	300000	—	—
Lämmer und Masthammel (einschl. Lunge und Leber)	340000	320000	340000	—	—
Schafe	300000	260000	280000	—	—
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	400000	350000	400000	—	—
Jugoslaw. Schweine	—	—	—	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. Februar 1923.

Abbau der Volksschule?

Von einem Volksschullehrer wird uns geschrieben:

In der „Saale-Zeitung“ hat der Rektor der Weingärtenschule, Herr Kindermann, der Oeffentlichkeit Vorschläge zur Förderung der Gesundheit des heranwachsenden Geschlechts durch vermehrtes Turnen unterbreitet. Auf den, dessen Seele von keiner Kenntnis der gegenwärtigen Zeitnöte und der Kindesnatur getrübt ist, wird er vielleicht sogar Eindruck machen. Bei näherem Zusehen jedoch entpuppt sich sein Vorhaben als eine recht zeit- und lebensfremde Schreibtischtheorie; der Versuch ihrer Verwirklichung würde zwangsläufig nicht nur eine gewaltige Schädigung der Schule, sondern auch des direkten Wohlbefindens der Kinder bedeuten. Die Vermehrung des Turnunterrichts auf der einen Seite müßte durch Einbuße der für die Wissensfächer benötigten Zeit erkauft werden. Kurzstunden und sogenannte besondere Konzentration des Unterrichtsstoffes, so eine Art Liebigscher Fleischextrakt in pädagogischer Form, können keinesfalls über diese schwerwiegenden Mängel hinweghelfen. Uebrigens ist unter den heutigen Verhältnissen trotz ärztlicher Gutachten — vom Standpunkt der experimentellen Psychologie und Pädagogik dringend vor einer weiteren Belastung des kindlichen Nervensystems zu warnen. Es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß körperliche Betätigung an sich schon automatisch eine sogenannte geistige Erholung bedeute: ganz gewiß nicht für mangelhaft ernährte Nerven. Herr K. stelle mit den heutigen schwächlichen Kindern einmal ein psychisches Experiment vor und nach der Turnstunde an, und er wird selbst durch das Turnen eine geradezu beängstigende Zunahme der psycho-physischen Ermüdung des Zentralnervensystems feststellen. Die folgenden Stunden sind dann meist verloren, da die Regeneration häufig 1½ bis 2 Stunden Zeit braucht. Schon aus diesem Grunde können die Turnstunden nicht vormittags liegen. Bliebe der Nachmittag! Dazu ist zu bemerken, daß eben eine weitere Anstrengung der Kinder überhaupt unterbleiben muß, weil sie das dadurch hervorgerufene Bedürfnis des Körpers nach Aufbaustoffen nicht — trotz ärztlicher Gutachten — befriedigen können. Auch Herr Prof. von Drigalski wird zugeben müssen, daß doch das verminderte Wachstum der Kinder während der Kriegs- und Nachkriegszeit doch nicht auf den durch mangelhafte Bewegung verminderten Stoffwechsel zurückzuführen gewesen ist. Die wahren Gründe dafür weiß er doch ebensogut wie wir: mangelnde Ernährung, ungesunde Wohnung usw. Er hat doch sonst einen klaren Blick. Warum zäumt er hier das Pferd vom Schwanze her auf?

Zum Schluß noch folgendes: Wenn ich mir einen Quäker vorstelle, die ja unsern verhungerten Kindern nicht den mystischen Rat gaben, ihre unterernährten Körper durch Turnen zu kräftigen, sondern durch Essen, so bin ich mir über die Richtung seines Urteils über diesen oberflächlichen Plan vollkommen klar. Ich weiß bloß nicht, ob er sich voll bitterem Hohnlachen an die Stirn fassen würde oder vielleicht in traurig-gütiger Nachsicht sprechen würde: „Vater, vergib ihnen; sie wissen nicht, was sie tun!“ Die Schulverwaltung möge wachen, daß der Jugend kein Schaden geschieht.

Custos scholae et pueritiae.

Deutschland und das parlamentarische System

lautete das Thema, über welches der Berliner demokratische Professor Dr. Bergsträsser in der gestern abend stattgefundenen ersten öffentlichen Veranstaltung des Kartells republikanischer Studenten, dem auch der Sozialistische Studentenbund angehört, sprach. In seinen oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen schilderte der Referent die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland. Seine Entstehung war begründet in der Unterdrückung des Bürgers und Bauern, in den zahlreichen Privilegien der herrschenden Adels- und Beamtenschicht. An Hand von Beispielen legte der Redner die Mätressenwirtschaft und Verschwendung der zahlreichen deutschen Miniaturfürsten dar. Die Revolution in Frankreich 1789 gab den Anstoß, daß in Süddeutschland von 1817/20 die ersten Verfassungsstaaten sich bildeten; Preußen brachte erst das Jahr 1848 eine Verfassung, die aber durch das Dreiklassenwahlrecht bald zu einer Farce gemacht wurde. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges litt Preußen-Deutschland an der unglücklichen Personalunion des Reichskanzlers — und des preußischen Ministerpräsidentenpostens. Während im Preußischen Landtag die durch die systematische Wahlmache der Landräte und Junker vorhandene konservative Mehrheit die Politik des Ministerpräsidenten bestimmte, mußte dieselbe Person als Reichskanzler mit der linksorientierten Reichstagsmehrheit zu paktieren suchen. Die auf Unterdrückung der Sozialdemokratie basierte Innenpolitik der Monarchie machte 1914 bankrott. Mit Beginn des Weltkrieges schloß die Monarchie mit dem Sozialismus Frieden, um den Krieg führen zu können. In dieser Zeit des Burgfriedens verpaßte jedoch die herrschende Klasse die sich hier noch einmal bietende Gelegenheit, durch Einführung des parlamentarischen Regimes durch Monarchie zu retten. Sie versank im militärischen Zusammenbruch, Deutschland wurde Republik. Es sei ein Verbrechen am deutschen Volke, heute noch die Monarchie zu wünschen, herbeiführen zu wollen; jeder Versuch der Restauration hätte nur den Bürgerkrieg zur Folge. Vielmehr müßten alle Bürger beim organischen Aufbau der Republik mitarbeiten, schloß der Redner. O. R.

• **Schulbüchernot und Unterricht.** Bei den für viele Eltern fast unerschwinglich gewordenen Preisen der Lehrbücher wird sich die Frage erheben, ob nicht manche von diesen ohne Schaden für den Unterricht zu entbehren sind. Es ist schon früher zuweilen die Meinung laut geworden, daß das Lehrbuch mehr als gut ist, an die Stelle des lebendigen Wortes des Lehrers getreten sei. Ein kürzlich ergangener Erlaß des Kultusministers weist darauf hin, daß beim Erlernen fremder Sprachen die Lektüre Quelle aller Belehrung sein soll, daß der aus der Lektüre erlernte Sprachstoff durch vielseitige mündliche Bearbeitung zum festen Besitz der Schüler zu machen sei. Dabei seien die Bücher zum Uebersetzen in die fremde Sprache nicht nur zu entbehren, sondern zweckwidrig, weil sie den lebendigen, alle Schüler zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenführenden Unterricht hindern. In den lebenden Sprachen sei insbesondere bei der Verschiedenheit der Lektüre ein Uebersetzungsbuch für das Uebersetzen aus dem Deutschen in die fremde Sprache, das auf allgemein als bekannt vorauszusetzenden Stoff beruht, gar nicht denkbar. Um den Boden für eine allgemeine Neuregelung vorzubereiten, sollen neue Uebersetzungsbücher dieser Art nicht mehr angeschafft und ältere Unterrichtswerke, wo sie bisher noch in Gebrauch waren, nicht mehr verwendet werden.

• **Barfreimachung von Briefsendungen.** Der Reichspostminister hat kürzlich angeordnet, daß die Paketgebühr für die Ueberweisung von Sendungen aus Orten ohne Barfreimachungs-Maschine zur Freistempelung bei den mit solchen Maschinen ausgerüsteten Postämtern nicht mehr erhoben wird. Damit ist für viele Firmen mit größerem Briefverkehr ein wesentliches Hindernis für die Beteiligung an dem mit bedeutenden Vorteilen verbundenen Barfreimachungsverfahren beseitigt worden. Ueber das Verfahren erteilen die Postämter Auskunft.

• **Keine Zurückziehung der Gewerbesteuerfragebogen.** Im Gegensatz zu irreführenden Pressenotizen gibt der Magistrat hiermit ausdrücklich bekannt, daß er nicht beabsichtigt, die zum Zwecke der Gewerbesteuerveranlagung versandten Fragebogen zurückzuziehen. Die Beantwortungsfrist wird allgemein bis zum 28. Februar verlängert, nur in besonders gearteten Fällen können darüber hinaus noch Nachfristen bewilligt werden.

• **Gasvergiftung.** Gestern vormittag wurde eine ledige Schneiderin in ihrer Wohnung in der Lafontainstraße in halbentkleidetem Zustande auf dem Bette liegend als Leiche aufgefunden. Soweit bisher festgestellt, soll ein Unglücksfall infolge Gasvergiftung vorliegen.

Versammlungen und Veranstaltungen.

• **Arbeiter-Bildungsausschuß.** Zu der am Mittwoch, dem 21. Februar, im Thalia-Theater zur Aufführung gelangenden Komödie „Kater Lampe“ sind noch einige Eintrittskarten am Eingang zum Theater zu haben. Die Vorstellung beginnt nicht um 7 Uhr, wie irrtümlich auf den Karten vermerkt, sondern erst um 7½ Uhr.

Könnern. Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag hier unter schwacher Beteiligung stattfanden, hatten folgendes Ergebnis: VSPD 345 Stimmen, KPD. 634 Stimmen, Deutschnationale 601, Handwerkerbund 254. Die sozialistischen Parteien haben also eine schwache Mehrheit.

Nietleben. Keine Kohle. Unter dieser Ueberschrift erschien in Nr. 38 des „Volksblatt“ eine Notiz, in welcher der Gemeindevertretung der Vorwurf gemacht wurde, sie habe kein Geld zu Kulturzwecken übrig, weil sie keine Kohlen für die Schulen anschaffe und wieder „Kriegsschulen“ eingerichtet hätte. Jeder nur erreichbare Baum sei vor zwei Jahren umgesägt worden, um Brennholz zu schaffen. Den Schluß der Notiz bildete ein die kommunistischen Mitglieder beleidigende Bemerkung. Von dieser erhalten wir deshalb auch eine längere Berichtigung, deren hauptsächlichsten Inhalt wir hier gerne wiedergeben, da wir uns haben überzeugen müssen, daß wir das Opfer einer leichtfertigen Berichterstattung geworden sind und uns verpflichtet fühlen, den wahren Tatbestand festzustellen. In der Zuschrift heißt es u. a.: Jedermann in unserem Orte weiß, wie sinnlos dieser Angriff ist! „Kriegsschulen“ waren hier noch nie eingerichtet! Nachdem aber der Koks in der neuen Schule vor kurzem zur Neige ging, beantragte unser Gemeindevorsteher, von der Neubeschaffung von Koks der hohen Kosten wegen abzusehen und die für westfälischen Koks eingerichtete Kesselanlage derart umzubauen, daß die in der hiesigen Gemeinde leicht zu beschaffende Rohbraunkohle Verwendung finden könne. Die dadurch erreichte Ersparnis an Brennstoffen ist eine gewaltige. Während ein Zentner Koks heute etwa 17 000 Mk. kostet, kostet hingegen ein Hektoliter Rohbraunkohle nur 3035 Mk. Allein für Brennstoffe werden demnach mindestens vier Millionen Mark pro Jahr gespart, und zwar allein bei der neuen Schule! Der Schulvorstand konnte sich diesen Argumenten nicht entziehen und stellte sich vorbehaltlos auf den Standpunkt des Gemeindevorstehers, um die Gemeinde nicht zu zwingen, den Schulbetrieb im Winter 1923/24 aus Mangel an Mitteln gänzlich zu schließen. — Der Schulbetrieb in der neuen Schule mußte demzufolge für den Rest des jetzigen Winters geschlossen und der Unterricht in den übrigen Schulgebäuden mit abgehalten werden. Durch Einführung des Vor- und Nachmittags-Unterrichts ist nach wie vor der volle Schulbetrieb im Gange! Daß Schulkinder in unseren Schulen frieren müssen, ist eine beweislose und falsche Behauptung! Ebenso falsch ist die Behauptung, daß die Gemeindevertretung in den letzten zwei Wintern „jeden nur erreichbaren Baum“ habe absägen lassen, um Geld und Brennholz zu erhalten. Es ist richtig, daß die Gemeinde die Pappeln an der Chaussee nach Halle hat fällen lassen, aber doch aus anderen Gründen, als um nur Geld und Brennholz zu erzielen. Die Pappeln mußten gefällt werden, weil die oberen Stammenden bis zu 3 Meter ausgehöhlt (verfault) waren und demzufolge eine stete Gefahr für die Allgemeinheit darstellten. Der Erlös aus den Pappeln ist restlos zur Anpflanzung von Kirschbäumen verwandt worden. — Anmerkung der Redaktion: Wir haben die Zuschrift, so weit sie sich auf die Berichtigung der von uns behaupteten, falsch dargestellten Tatsachen bezog, vollinhaltlich Raum gewährt und bedauern, daß die Gemeindevertretung durch unsere Notiz in ein ungünstiges Licht gestellt worden ist. Der Fall sollte unsere Berichterstatter veranlassen, sich bei ihrer Mitarbeit strengster Objektivität zu befleißigen, den Sachverhalt vorher genau zu prüfen. Falsche oder tendenziöse Berichterstattung wollen wir gerne der gegnerischen Presse überlassen.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 2. Kreis. 6. Bezirk. Die Veranstaltungen des Bezirks sind folgende: Am 25. Februar, früh 9½ Uhr, in Halle („Volkspark“) Bezirkstag. Am 10. und 11. März Funktionärkursus im „Volkspark“.

Stundenplan. Sonnabend von 2 bis 8 Uhr: 1. Tätigkeit des Vorsitzenden. 2. Führung der Kassenbücher. 3. Die Rechtslage der Vereine und Eintragung in das Vereinsregister. 4. Stellung zu den bürgerlichen Verbänden und Bundesgeschichte. 5. Kassenführung der Vereine mit Grundstücken. — Sonntag von 8 bis 10 Uhr und 2 bis 5½ Uhr: 1. Leitung der Versammlung. 2. Schriftführer und Berichterstatter. 3. Der Redner im Verein. 4. Kassenrevision und Konsumleitung. 6. Verkehr mit dem Bunde. 7. Was lehrt uns das Bundesfest. Die Vereine müssen die Teilnehmer an dem Kursus sofort dem Bezirksvertreter mitteilen.

Am 11. März, früh 11 Uhr, findet im „Walhalla-Theater“ eine Veranstaltung der Leipziger Bundesschule über „Moderne Körperkultur“ statt. Am 4., 18. und 30. März findet der Technische Kursus in Halle, Liebenauer Schule, statt. Es ist Pflicht der Vereine, an allen Veranstaltungen teilzunehmen.

Otto Bürger, Bezirksvertreter.

Deutsche Beamtenschaft, deine Sache wird verhandelt!

Oeffentliche Versammlung der hallischen Beamtenschaft

Das Thema der vom Werbeausschuß der Freien Beamtenschaft der VSPD. zu letztvergangenem Sonntag nach dem „Volkspark“ einberufenen öffentlichen Beamtenversammlung lautete: „Das Beamtenrätegesetz und das Verhalten des Bürgerblocks.“ Berichterstatter: Reichstagsabgeordneter Breunig (Berlin). Bei einem das Wohl und Wehe der Beamtenschaft so unmittelbar berührenden Verhandlungsstoff hätte, so sollte man meinen, der Saal überfüllt sein müssen. Leider war dem nicht so. Einerseits mag die ungenügende Bekanntmachung (die Kosten! Ja, die Kosten!) mitschuld sein, andererseits aber ist es unverkennbar, daß ein großer Teil der Beamtenschaft wieder in Lethargie verfallen ist und nicht mehr zu wissen scheint, daß gerade die Beamtenvertretungen, wenn das Beamtenrätegesetz gut würde, jedem Beamten Freude an seiner Arbeit und damit ein menschenwürdiges Dasein verschaffen können.

Bedauerlicherweise — so führte Reichstagsabgeordneter Genosse Breunig aus — haben die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Volkspartei, Zentrum, Demokraten — Morath, Allekotte, Delius u. a.) unter Beihilfe der Deutschnationalen, die ja am liebsten überhaupt nichts von Beamtenvertretungen wissen wollen, im 23. Ausschusse des Reichstags, dem das Beamtenrätegesetz vorliegt, gegen alle von den Vertretern der Sozialdemokratie gestellten Anträge gestimmt, die die Rechte der Beamtenräte im Sinne des Mitbestimmungsrechts erweitern wollten. Die Vertreter des Bürgerblocks treten nicht einmal mehr für Bestimmungen ein, die der seinerzeit vom Deutschen Beamtenbund aufgestellte Entwurf enthielt. Nach der Ansicht der sozialdemokratischen Vertreter muß das Beamtenrätegesetz die Betriebsdemokratie bringen; in ihm muß der Unterschied zwischen dem Beamtenrecht in einem Obrigkeitsstaat und in einem Volksstaate zum Ausdruck kommen. Der dem 23. Ausschuß vorliegende Regierungsentwurf enthält davon nichts. Regierung und die bürgerlichen Parteien möchten das Beamtenrätegesetz nach den Bedürfnissen der Hoheitsbeamten zugeschnitten haben unter Ansehung des Beamtenverhältnisses als eines Gewaltverhältnisses. Wir Sozialdemokraten, die wir den Grundsatz vertreten, daß das Recht ausgehen muß vom arbeitenden Menschen, dem Rechtsgarantien und Schutz gegen Willkür zu gewähren ist, und die wir der Meinung sind, daß das Beamtenrecht auf dem allgemeinen Arbeitsrecht aufzubauen ist mit gewissen Unterschieden, die in dem Beamtenverhältnis begründet liegen, wollen, daß das Beamtenrätegesetz die Beamten als Arbeitnehmer erfaßt. Der Beamtenrat soll nach unserer Ansicht sowohl die Gesamtinteressen der Beamten gegenüber den Vorgesetzten vertreten, als auch darüber hinaus mitwirken bei der Ausgestaltung des Dienstbetriebes. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft — der Bürgerblock — arbeitet gegen eine Verbesserung des Regierungsentwurfs, ja er verwässert und verschlechtert die Vorlage.

Während wir Sozialdemokraten die Errichtung des Beamtenrates bei Behörden und Dienststellen wünschen, hat der Bürgerblock in zweiter Lesung die Errichtung bei den „Dienstvorgesetzten“ beschlossen. (Anm. d. Red.: Das geht doch unter Umständen gar nicht! Wer ist denn z. B. bei dem Amtsgericht der „Dienstvorgesetzte“? Der aufsichtführende Richter? Im Beamtenrate sitzen auch Richter, und deren „Dienstvorgesetzter“ ist nicht der aufsichtführende Richter, sondern der Landgerichtspräsident.) Bei dieser Fassung wird sich der Denstvorgesetzte als Vorgesetzter des Beamtenrates fühlen. — Unser Antrag, wahlfreie Errichtung eines gemeinsamen Ortsbeamtenrates zuzulassen (z. B. wenn mehrere Betriebsämter in einer Stadt sind), ist von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden. — Die Regierung möchte die Beamtenanwärter und die Beamtendienstuer (die aus dem Betriebsrätegesetz herausgenommen werden können) den Beamten gleichstellen. Wir wollen keine Entrechtung der Arbeiter, die Beamtendienst verrichten, und haben es durchgesetzt, daß die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft wenigstens für ein Schutzrecht der bezeichneten Arbeitnehmer gegen Entlassung eintritt. Wir wünschen noch Ausdehnung des Schutzrechtes auf Kündigungsbeamte und Diätare. — Wir sind gegen die in der Regierungsvorlage (§ 14) vorgesehene Gruppenwahl (Wahlgruppen 1—5, 6—8, 9—13). Unser Antrag ging dahin, bei Aufstellung der Vorschlagslisten die verschiedenen Beamtengruppen zu berücksichtigen und für die unvertretenen Gruppen Ergänzungsmitglieder eintreten zu lassen. Hier stießen die Demokraten zu uns, und so wurde die „Dreiklassenwahl“ verhindert. — In erster Lesung hatte der 23. Ausschuß unsern Antrag, der dahin ging, daß Sitzungen des Beamtenrates auch während der Dienststunden stattfinden könnten, angenommen. In zweiter Lesung hat die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft mit Unterstützung der Deutschnationalen die Abänderung hineingebracht, daß über Sitzungen während der Dienststunden mit dem Dienstvorgesetzten Vereinbarung getroffen werden könnte. — Mit unserem Antrage, die Beamtenversammlung als Gesamtorgan der Betriebsbeamtenschaft ins Gesetz einzufügen, sind wir gegen den Bürgerblock nicht durchgedrungen. Der Regierungsvertreter hatte gegen den Antrag die seltsame Einwendung gemacht, die Verwaltungen sollten wohl Räume zur Verfügung stellen, damit die Gewerkschaften Miete sparten. — Was die Aufgaben und Befugnisse der Beamtenräte betrifft, so treten wir Sozialdemokraten ein für ein zeitgemäßes Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Dienstverhältnisses der Beamten und für eine gleichberechtigte Mitwirkung in der Betriebsführung. Die Betriebsleitung soll in den Händen der verantwortlichen Verwaltung liegen. Die Regierungsvorlage (§ 32) gesteht den Beamtenräten gnädigst das Recht zu, Anregungen zu geben, und bringt dann im § 33 einen Katalog von mehr oder weniger wichtigen Angelegenheiten, in denen den Beamtenräten ein Recht der Mitbestimmung zustehen soll, jedoch nur so, daß bei mangelnder Einigung Beschwerde an die nächsthöhere Instanz zugelassen wird. Diese Bestimmung ist gefährlich; denn bisher faßte man Mitbestimmung allgemein so auf, daß bei mangelnder Einigung zwischen Behörde und Beamtenrat ein paritätisch zusammengesetzter Schlichtungsausschuß endgültig zu entscheiden hätte. Wir Sozialdemokraten wollen ein über den Entwurf weit hinausgehendes Mitbestimmungsrecht, fordern z. B. auch Auskunftspflicht der Verwaltung gegenüber den Beamtenräten, Vorlegung von Verfügungen vor ihrer Absendung, damit der Beamtenrat seinen Einfluß rechtzeitig geltend machen kann. Wir treten — abgesehen von Berufungsverfahren in leichteren Sachen — ganz entschieden ein für Schlichtungswesen und Schiedsgerichte. Die Zuständigkeit der Schlichtungsstellen müßte sich erstrecken auf Entscheidungen moralischer Art, auf Gesamtstreitigkeiten, d. h. auf Streitigkeiten, die die Gesamtheit der Belegschaft, des Bezirks, des Verwaltungsgebietes angehen (z. B. Ueberstunden). Andere Stellen müssen da sein zur Entscheidung von Einzelstreitigkeiten (z. B. Festsetzung von Strafen), und eine neutrale Stelle — vielleicht der Reichswirtschaftsrat — müßte über Streitigkeiten befinden, die die Errichtung der Beamtenräte, ihre Zuständigkeit usw. betreffen. Der Reichsminister des Innern, Herr Oeser, hat für seine Person Schlichtungsstellen zugestanden. — Wir Sozialdemokraten haben einen Antrag vorgelegt, in dem wir Schutzbestimmungen für die Beamtenvertreter fordern, z. B. Immunität für Aeußerungen, die sie in Ausübung ihrer Vertretungspflicht getan haben, Sicherung gegen Kündigung und Versetzung. — Wie wir Sozialdemokraten an der Gestaltung des Beamtenrätegesetzes arbeiten, dafür ist folgende Aeußerung eines Regierungsvertreters charakteristisch: „Wenn die sozialdemokratischen Anträge Gesetz würden, so würde das Betriebsrätegesetz im Vergleich zum Beamtenrätegesetz ein reaktionäres Gesetz sein.“ Nun ja, wir Sozialdemokraten wollen nicht dekorative Bestimmungen, nicht Wohlwollen, sondern Rechte für die Beamten. Diese sollen nicht weiter Objekt der Bureaukratie sein. Und nun noch ein ernstes Wort an alle Beamten: 3½ Jahre sind vergangen, seitdem in der Reichsverfassung den Beamten versprochen worden ist, daß sie nach näherer reichsgesetzlicher Bestimmung besondere Vertretungen erhalten sollten; seit 1½ Jahren liegt der Regierungsentwurf vor, und immer wieder werden von bürgerlicher Seite Verschleppungsversuche gemacht, um in günstiger Zeit das Gesetz zu einem wertlosen Instrument zu machen. Die Beamten müssen ihre Geduld aufgeben, müssen auf schleunige Neuordnung ihrer Rechtsverhältnisse dringen. Die Arbeiter sind tatkräftiger als die Beamten. Diese müssen sich der Arbeitnehmerfront anschließen. Rechte — so schloß der Vortragende unter starkem Beifall der Versammelten — erkämpft man sich, und die Beamten stehen im Kampfe mit den Mächten der alten Regierungsform. Nur durch Kampf zum Sieg!

Der Versammlungsleiter Genosse Dürrfeld dankte dem Berichterstatter. Wenn das Beamtenrätegesetz jetzt ein solches Gesicht zeigte, so wären die Beamtenorganisationen nicht ohne Schuld. Hätten sie sich doch z. B. die von dem Postminister Giesberts vor etwa 2½ Jahren erlassenen Vorschriften über Bildung der Beamtenausschüsse durch Gruppenwahl — Dreiklassenwahl — ruhig gefallen lassen. Das Interesse der Beamtenschaft an dem Beamtenrätegesetz wäre tatsächlich — so etwa seit dem Kapp-Putsch — geschwunden und man gefiele sich wieder im Wohlverhalten nach oben. — An der nun folgenden lebhaften Aussprache beteiligten sich 10 Versammlungsteilnehmer; ihre Ausführungen sollen morgen noch gewürdigt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Sozialdemokrat und die Parteipresse.

Es ist eine auf den verschiedensten Parteitagen ausgesprochene und im Parteistatut niedergelegte Pflicht, daß jedes Mitglied für die Ausbreitung der Parteipresse tätig ist. Vor der Revolution hätte man sich keinen Sozialdemokraten denken können, dem das Halten der eigenen Parteipresse nicht eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre.

Die Staatsumwälzung in Deutschland brachte jedoch ein so sprunghaftes Anwachsen der Mitgliederziffer, daß es nicht überall gleich möglich war, jeden Neueingetretenen so restlos in den Parteiorganismus einzufügen, wie das in Zeiten steiger und mäßiger Entwicklung der Fall ist. Vieles ist allerdings bereits nachgeholt. Trotzdem gibt es noch eine beträchtliche Anzahl Genossen, die ihrem Gefühl und Empfinden nach überzeugte Sozialdemokraten zu sein glauben, es aber nicht für notwendig halten, die Parteipresse zu lesen. Teilweise genügt ihnen eine kleine Störung in der Zustellung der Zeitung oder eine Erhöhung des Bezugspreises, um sie abzubestellen. Oder aber, sie lesen aus Gewohnheit nach wie vor die bürgerliche Kreisblattpresse, nur, weil diese schon zu Großvaters Zeiten in der Familie gelesen wurde. Wenn erst einmal allen Genossen klar geworden ist, daß die Parteizeitung das geistige Band ist, welches die Masse der Parteimitglieder umschlingt und durch ihre tägliche, ununterbrochene Stellungnahme zu den uns interessierenden Fragen der sozialistischen Auffassung in der Oeffentlichkeit Geltung verschafft, dann wird auch dem letzten Genossen zum Bewußtsein kommen, welche unentbehrliche Waffe das Parteiblatt im Kampfe der Arbeiterklasse ist. Wer zu Macht und Einfluß gelangen will, schafft sich eine gute Presse. Das beweisen uns am deutlichsten die Gegner. Das Kapital versucht, durch Aufkauf die Presse in seinen Dienst zu stellen. Die Arbeiterklasse wird das Ziel ihres Kampfes um so schneller erreichen, je ausgebreiteter der Leserkreis ihrer Zeitungen ist.

Deshalb muß von heute an in jeder Ortsgruppe mehr als bisher die zweifache Pflicht erfüllt werden: 1. jeder Genosse muß selbst Abonnent des „Volksblatt" sein; 2. jedes Parteimitglied muß unermüdlich an der Gewinnung neuer Abonnenten arbeiten. Tut das jetzt mit allen Kräften an allen Orten! So fördern wir am besten die Aufklärung und Entwicklung auf breiter Basis.

Die Kommunalisierung des Bestattungswesens.

Allgemeine Richtlinien.

Den meisten Lohn- und Gehaltsempfängern ist es bei ihrem niedrigen Realeinkommen, das nicht einmal zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht, nicht möglich, wenn ein Todesfall in ihrem Familienkreise eintritt, die ungeheuren Kosten für die Totenbestattung aufzubringen. In vielen Fällen müssen die Gemeinden helfend eingreifen, oder die Hinterbliebenen sind gezwungen sich in Schulden zu stürzen, die sie unter größten Entbehrungen erst nach langer Zeit wieder abbürden können. Deshalb sind schon viele Gemeinden, besonders Arbeiterwohngemeinden, gezwungen worden, die kostenlose Totenbestattung einzuführen. In anderen Gemeinden ist man auf der Suche nach Finanzquellen, um die kostenlose Totenbestattung einführen zu können. Auch andere öffentliche Körperschaften mußten sich bewogen fühlen, sich mit dieser für die besitzlose Bevölkerung wichtigen Angelegenheit zu beschäftigen. Der pietätlose Leihsarg, der als Aushilfsmittel gefunden worden ist, kann kein Ersatz für eine gerechte kommunale Regelung der Totenbestattung sein. Da viele Gemeinden nur zu diesem Hilfsmittel gekommen sind, weil die Einführung der kommunalen Totenbestattung an der Finanznot scheiterte und andere Gemeinden aus demselben Grunde die kommunale Regelung der Totenbestattung auf unbestimmte Zeit verschoben haben, ist die Hilfe des Staates eine dringende Notwendigkeit.

Auf einem Gemeindetag der Leipziger Amtshauptmannschaft unterbreitete der Amtshauptmann Genosse Ryssel den versammelten Gemeindevertretern Richtlinien, die einstimmig angenommen wurden. Die betreffenden Richtlinien, die nicht nur für unsere Genossen in den sächsischen Gemeinden, sondern auch in den Orten unserer Provinz anwendbar sind, haben folgenden Wortlaut:

1. Das Bestattungswesen ist Sache der politischen Gemeinden und wird durch die Gemeindebehörden besorgt.

2. Die Gemeinden haben dafür zu sorgen, daß jeder Verstorbene würdig bestattet wird. Bei der Bestattung darf keine verletzende Ausnahme stattfinden, weder im Begängnis noch im Begräbnis.

3. Die Errichtung gemeindlicher Friedhöfe ist anzustreben: mehrere politische Gemeinden können einen gemeinsamen Friedhof haben. Bestehende kirchliche Friedhöfe sind durch Landesgesetz den politischen Gemeinden zu übertragen.

4. Für Neuanlagen und Erweiterungen von Friedhöfen oder Feuerbestattungsanlagen leistet der Staat angemessene Beiträge.

5. Die Bestattung erfolgt auf Kosten der politischen Gemeinde und soll folgende Leistungen umfassen:

a) die Leichenschau;
b) die Lieferung des Sarges und die Einsargung der Leiche;
c) die Verbringung der Leiche auf den Friedhof;
d) das Oeffnen und Zudecken des Grabes;
e) die Bezeichnung des Grabes.

Bei Verstorbenen, die außerhalb beerdigt werden, trägt die Gemeinde die vorgenannten Kosten: für den Transport der Leiche aber nur bis an die Ortsgrenze.

6. Die Gemeinden sind berechtigt, von den Hinterbliebenen, die in bezug auf den Sarg, die Zahl der Blumen und Begleitwagen besonders Ansprüche stellen, neben den Mehrkosten Zuschläge zu erheben.

7. Die Bezirksverbände können die unentgeltliche Totenbestattung für den ganzen Bezirk einführen.

8. Zur finanziellen Durchführung der kostenlosen Totenbestattung ist bei der Reichs- und Landesregierung dahin zu wirken, den Gemeinden das Recht einzuräumen, eine Bestattungssteuer (Zuschläge zur Reichseinkommensteuer usw.) einzuführen.

•

Solange die unentgeltliche Totenbestattung noch nicht durchgeführt ist, ist die Gemeinde verpflichtet, Minderbemittelten auf Antrag die in Ziffer 5 bezeichneten Leistungen zu gewähren.

Auch für diese Fälle gelten die im Punkt 8 aufgestellten Forderungen. Aufgabe des Staates ist es, ungesäumt den leistungsschwachen Gemeinden Beihilfen für die Totenbestattung zu gewähren.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Das Parteibureau befindet sich jetzt in Merseburg, Geffnerstr. 4. Alle Schreiben sind an Genossen W. Wolf, Merseburg, Geffnerstraße 4, Geldbeträge an den Kassierer Genossen E. Martin, Hallesche Straße 19, zu senden. Für Geldüberweisungen, wie Abschlagszahlungen usw., werden wir in den nächsten Tagen ein Konto bei der Kreissparkasse einrichten, welches wir zu benutzen bitten. Das Parteibureau ist geöffnet Dienstag, Donnerstag und Sonnabend abend von 6 bis 8 Uhr und Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Der Unterbezirksvorstand.

Merseburg. Moskau gegen Amsterdam. Beide Worte sind vom „Klassenkampf", dem Organ der Unentwegten, in dem Artikel über die letzte Metallarbeiterversammlung verwechselt worden. Ob mit oder ohne Absicht, lassen wir dahingestellt sein. Die sinnentstellten Anwürfe können wir so ohne weiteres nicht hinnehmen und fühlen uns verpflichtet richtigzustellen. Will denn der Artikelschreiber behaupten, daß Heckert und Brandler etwas anderes wollen als Amsterdam. Wir empfehlen ihm Brandlers Broschüre „Verteidigungsrede zum Märzputsch" und auch seine letzten Ausführungen auf der Berliner Funktionärkonferenz zu studieren. Ist die Ueberzeugung des Pseudoredakteurs für den Merseburger „Klassenkampf" „durch die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus", beim Steigen des Rubelsoldes wieder einmal zum Teufel gegangen? Der „Klassenkampf" hat alle Ursache recht viel Geschrei zu produzieren, damit die Dreckflecken der Brüder auf dem Ehrenschilde der blütenweißen Unschuldslämmer Lehnert und Koch verwischt werden. Es ist vielen der Arbeitskollegen in der Metallbranche unverständlich, wie die ewig auf Moral schwörenden Kommunisten einen Menschen wie Lehnert als Bevollmächtigten einer großen Organisation wählen können. Ist es vielleicht bei der KPD. schon vergessen, daß Lehnert nicht einmal die Gelder der Märzputschopfer, denen zuführte, die es in Wirklichkeit zu beanspruchen hatten? Ist der KPD. unbekannt, daß Lehnert mit seinen Freunden auf eigene Art den Achtstundentag hochhält und den Unternehmern Material zu dessen Beseitigung liefert? Ueber Fähigkeiten wollen wir ganz schweigen. Aber wie immer heißt es auch hier: „Hast du das KPD.-Parteibuch in der Tasche, dann bist du gegen alles gefeit!" Da das die Moral der ganzen „kommunistischen" Bewegung ist, gegründet auf Korruption, deshalb kämpfen wir als Sozialisten unter dem Banner Amsterdam gegen Moskau. Moskau bedeutet für jeden ehrlich denkenden Arbeiter Korruption. Die Helden Lehnert, Koch, Gramann, Wulf und Konsorten fühlen sich unter diesem Banner geborgen. Ueber Wandlungen dieser Aufrechten zu reden, ist überflüssig. Ein Abgrund trennt uns als Sozialisten von diesen Leuten.

Schkeuditz. Parteiversammlung. Am 14. Februar fand eine Mitgliederversammlung der VSPD. statt, die sehr gut besucht war. Der Genosse Frenzel sprach über die politische Lage. Insbesondere behandelte er ausgiebig die Ursachen und Wirkungen der Ruhrbesetzung. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Den Kassenbericht vom 4. Quartal 1922 erstattete der Genosse Rohde. Die Einnahmen betrugen 66 105,86 Mk., die Ausgaben 64 194,35 Mk. Es blieb also ein Kassenbestand von 1911,51 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 401 männliche und 106 weibliche, zusammen 507. Gegen das letzte Quartal ein Mehr von 23. Den Stadtverordnetenbericht erstattete der Genosse Schulze. Die letzte Sitzung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Bureau- und Kommissionswahlen. Als Vorsteher wurde der Genosse Schulze einstimmig gewählt. Die Kommissionen wurden auf Vorschlag der Vertrauenskommission nach der Stärke der Fraktionen zusammengesetzt. Jeder Stadtverordnete ist nur in einer größeren Kommission tätig. Die fehlenden Mitglieder sind aus der Bürgerschaft hinzugewählt worden. Trotzdem die Vertrauenskommission, welcher auch ein Kommunist angehört, einstimmig beschlossen hatte, das Bureau in seiner alten Zusammensetzung wiederzuwählen, tanzten die 8 Kommunisten aus der Reihe und schlugen zum zweiten Schriftführer einen ihrer Leute vor. Der Genosse Böhn gab noch einige geschäftliche Mitteilungen, hauptsächlich die Beitragsleistung und Sammellisten für die kommenden Kommunalwahlen betreffend, bekannt.

Obhausen. Volksversammlung. Ueber die Besetzung des Ruhrgebiets sprach am Sonntag Genosse Drescher (Halle), hier in einer gutbesuchten Versammlung. Der Vortrag fand lebhafte Zustimmung. Besonders der Gedanke, daß bei dem großen Kampfe ums Ruhrgebiet zum erstenmal der Versuch gemacht werde, gegen brutale Militärmacht mit den friedlichen Mitteln der Vernunft und des Rechts anzukämpfen, fand auch bei anwesenden Gegnern starkes Interesse. Eine Debatte fand nicht statt.

Wiehe. Volksversammlung. Die hiesigen Kommunisten sind in neuerer Zeit etwas nervös geworden, weil sich unser Ortsverein gut befestigt hat. Als am verflossenen Sonntag von uns eine öffentliche Versammlung angekündigt war, mit einem Vortrag über die Ruhraktion und mit dem Genossen Landtagsabgeordneten Drescher (Halle), als Referenten, war über unsere hiesigen KPD.-Leute eine solche Unruhe gekommen, daß es direkt spaßig war. Sie haben sich alle mögliche Mühe gegeben, um eine ihrer großen Kanonen als Gegenredner herzubekommen, aber es war nichts. Nur mit dem Lagerhalter Römer aus Roßleben, mußten sie sich begnügen. Unsere Versammlung war äußerst gut besucht und der Vortrag des Genossen Drescher fand große Zustimmung. Zwar machten die anwesenden Kommunisten öfter mal einen ihrer bekannten Zwischenrufe, die aber Genosse Drescher immer gleich treffend beantwortete, so daß der Vortrag ohne erhebliche Störung gehalten werden konnte. Etwas lebhafter gestaltete sich dann die Debatte. Dem kommunistischen Gegenredner wurde zweimal das Wort zu längeren Ausführungen erteilt, wobei sich einigemale kleine dramatische Szenen ereigneten, da unsere Anhänger, den Kommunisten natürlich nichts schuldig blieben. So gab es eine überaus lebhafte Versammlung, die aber am Ende doch noch einen recht guten und für uns erfolgreichen Abschluß fand.

Roßleben. Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsteher einen Dringlichkeitsantrag der Fortbildungsschullehrer um Erhöhung der Jahresstunde. Die Vertretung beschließt, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag des Vorstehers, das Wassergeld von 70 auf 100 Mk. pro Kubikmeter zu erhöhen, wird gegen drei Stimmen angenommen. Auf Anregung des Landrats beschließt die Vertretung, die Vergnügungssteuer von 150 auf 1500 Prozent zu erhöhen. Zur Eingabe der Baugenossenschaft „Selbsthilfe" um Ueberlassung von Bauland beschließt die Vertretung, das an der Ziegelrodaer Straße gelegene Gemeindeland gegen Kirchenland umzutauschen. Der Beschluß soll der Kirchengemeinde zur Stellungnahme unterbreitet werden. Ebenso soll deswegen eine persönliche Vorsprache bei der Regierung in Merseburg erfolgen. Werden diese Hindernisse der Baugenossenschaft „Selbsthilfe" die letzten sein? Die Vertretung gibt ihre Zustimmung zur Anwendung der Richtlinien des Kreisausschusses zum Reichsmietengesetz. Zur Beilegung von Mietstreitigkeiten wird vom Vorsteher eine Versammlung der Mieter und Vermieter einberufen werden, in der ein Schlichtungsausschuß gewählt werden soll. Auf Grund der Eingabe des Elektrizitätswerkes um Erhöhung des Strompreises vom Tage der Kohlenpreiserhöhung wird eine Kommission zur Prüfung der Forderung gewählt. Die in der Ortslage belegenen Pappeln sollen meistbietend versteigert werden. Die Jagd soll im März öffentlich meistbietend neu verpachtet werden, mit Wirkung vom 1. August 1923 auf 6 Jahre. Die Erwerbslosenunterstützung wird im Laufe der nächsten Woche ausgezahlt. Die Entschädigung des Ortsrichters wird auf 250 000 Mk. erhöht.

Roßleben. Keine öffentliche Versammlung der VSPD. Infolge Abtretung des bestellten Saales an einen Radfahrerverein muß die angesetzte öffentliche Versammlung der VSPD. auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Wann sie stattfinden kann, steht noch nicht fest, da für spätere Zeit der Saal besetzt und auch der vorgesehene Referent verhindert ist. Die Parteigenossen wollen überall das Nichtstattfinden der Versammlung bekanntgeben, damit am kommenden Sonnabend niemand vergebens nach dem Versammlungslokal eilt und der kommunistische Diskussionsredner nicht umsonst das teure Fahrgeld verfährt, ohne etwas ausgerichtet zu haben. W. N.

Roßla. Aus dem Gemeindeparlament. Vergangenen Montag fand eine Sitzung der Gemeindevertretung und des Zweckverbandsausschusses statt. Es wurde Kenntnis genommen von einer weiteren Erhöhung der örtlichen Strompreise. Ab 1. Februar soll für Licht 720 Mk. und für Kraft 610 Mk. erhoben werden. Auffallend ist der fortgesetzte große Stromverlust im Leitungsnetz. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Stromkarten auf ihre Richtigkeit prüfen soll. Das Gehalt des Nachtwächters Agitius wurde von 450 000 Mk. jährlich auf 850 000 Mk. erhöht. Der Harzer Verkehrsverein, dem Roßla als Mitglied angehört, verlangt für das Jahr 1923 einen Beitrag von 5000 Mk. Da für Roßla keine besonderen Vorteile zutage treten, wird der Austritt aus dem Verbande beschlossen. Der zwischen der Gemeinde, den Hintersättlern und Hausgenossen seit Jahren bestehende Streit über die Holznutzung wurde in einem Sinne entschieden, wie es den Beteiligten als gerecht erscheint. Zuletzt nahm man Kenntnis von der Kündigung des Revierförsters zu Breitungen, welcher bis jetzt die Gemeindewaldungen mit verwaltet hatte. Die Kündigung ist nur aus dem Grunde erfolgt, um das Vertragsverhältnis auf eine andere Stufe zu stellen. Die Entschädigung soll künftighin nach dem Flächeninhalt des Waldes erfolgen.

Bitterfeld. Vernunft und Zielklarheit setzen sich durch. Eine erfolgreiche öffentliche Versammlung der VSPD. tagte hier am letzten Donnerstag. Zu Hunderten waren die Bitterfelder Arbeiter erschienen, um den Ausführungen des Landtagsabgeordneten Genossen Meier (Berlin) über das Thema: „Der französische Gewaltakt und das deutsche Volk" zu lauschen. In glänzender Weise entledigte sich der Redner seiner Aufgabe und zeigte klar die Wege, die die deutsche Arbeiterklasse in dem Abwehrkampfe gegen die imperialistischen Gewaltpläne Frankreichs einzuschlagen hat. Scharf pointiert kennzeichnete er die einzelnen Phasen der Entwickelung seit Beendigung des Weltkrieges sowie die Ziele der profitlüsternen Schwerindustrie, die hüben und drüben am Werke sind, das Proletarat vollends zu versklaven. Er erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Seine Argumentation war so durchschlagend und überzeugend, daß selbst die anwesenden Kommunisten — die sonst jede Gelegenheit benutzen, die VSPD. zu verunglimpfen — sich schweigsam verhielten. Vielleicht waren sie deshalb so wortkarg, weil ihre am gleichen Abend tagende öffentliche Versammlung einen recht kläglichen Besuch aufzuweisen hatte. Das mag etwas deprimierend auf die kommunistischen Gemüter gewirkt haben. Wir verstehen auch den Schmerz. Es war alles so schön ausgedacht und das Ergebnis war doch ein böser Reinfall. Um den verdammten Menschewisten das Rezept zu verderben, wurde schnell eine kommunistische Versammlung inszeniert mit der ausgesprochenen Absicht, den Zulauf der Arbeiter von der VSPD.-Versammlung abzuhalten. Aber die Kommunisten hatten die Rechnung ohne die Versammlungsbesucher gemacht. Die Arbeiter ließen die Kommunisten hübsch unter sich und zogen es vor, dorthin zu gehen, wo die Vernunft obwaltet, was sie sicher auch nicht bereuen werden. Die Versammlung war für uns zweifellos ein voller Erfolg.

Delitzsch. Mitgliederversammlung. Unsere Mitgliederversammlung vom 14. Februar gestaltete sich recht interessant. An das Referat des Genossen Schwahn über die politische Lage schloß sich eine lebhafte und lehrreiche Aussprache, wie schon seit langem nicht mehr, an. Die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung vor allem der taktischen Haltung der Partei und der Gewerkschaften waren zwar ziemlich groß, der Austausch darüber aber war getragen von größter Sachlichkeit. Es bleibt zu bedauern, daß die Versammlung nicht im wünschenswerten Maße besucht war, vor allem, wenn man bedenkt, daß kein Parteimitglied gezwungen ist, etwas zu verzehren. Wirtschaftliche Bedenken können also keineswegs von dem Besuch abschrecken. Wir wollen hoffen, daß der Besuch in Zukunft besser wird, da Aufklärung heute nötiger denn je ist.

Torgau. Der „Stahlhelm" macht sich wieder bemerkbar. Der „Arbeiter" Asche gründete am 15. Februar in Zeckritz-Zschackau seine 25. Ortsgruppe. Wenn wir auch über diese Gründung unsere besonderen Ansichten haben, Ziegeleibesitzer Bettega übernahm nämlich das Kommando, so dürfte es doch an der Zeit sein, daß sich die Arbeiterschaft etwas gründlicher mit dem Unwesen beschäftigt. Es kann nicht angehen, daß wir die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Kampfe gegen die Kriegshetzer allein lassen. Jede und jeder muß dem Treiben des „Stahlhelms" entgegentreten. In der Torgauer Ortsgruppe des „Stahlhelm" ist es den ehemaligen Offizieren gelungen, Leutnant a. D. Blüthgen als Vorsitzenden durchzubringen. Asche war anscheinend nicht radikal genug. Arme Mannschaften, die Ihr Euch in dieser Kanonenfutter-Kameradschaft wohlfühlen könnt! Besucht die Blindenheime und die Krüppelanstalten, dort seht Ihr, was man aus Euch machen will!

Prettin. Wildwestszenerie. Nachts gegen 12 Uhr sind 6 bis 8 maskierte Räuber, zum Teil die Füße mit Lumpen bewickelt, in das Besitztum des Herrn H. Müller eingebrochen und zwangen unter Vorhalten von Revolvern den Besitzer zur Herausgabe sämtlicher Wertsachen und Oeffnung des Geldschrankes. Währenddessen wurde die Ehefrau, welche im Bett lag, von zwei Räubern mit vorgehaltener Waffe bewacht. Der Bestohlene war nicht in der Lage, seine Waffe, die am Kopfende des Bettes lag, zu gebrauchen, da sie bereits in den Händen der Räuber war. Alle Behälter wurden von den Banditen durchwühlt und nach einer Stunde verließen sie unter Mitnahme von drei Fahrrädern und den Wertsachen das Grundstück. Lebensmittel ließen sie unberührt.

Falkenberg. Große Diebe läßt man laufen — kleine Diebe hängt man. Eine ganze Reihe von Personen, die sich irgend etwas im Gemeindewalde zuschulden kommen ließen, wurden dem Amtsgericht in Herzberg (Elster) gemeldet und von dort aus bestraft. So u. a. erhielt eine 80jährige Frau, die sich mit der Tragkiepe trockenes Holz sammelte, ihre gerichtliche Strafe. Auf ihre alten Tage mußte sie erleben, daß sie bestraft wurde. Als sie sich einen Holzzettel holen wollte, wurde ihr vom verstorbenen Förster gesagt: „Ach, Mutter, was braucht Ihr einen Holzzettel. Holt Euch nur, was Ihr braucht." Nun, so holte sich das alte Mütterchen ihr Holz aus dem Gemeindewald, bis der neue Förster kam und sie zur Anzeige brachte. Unser Gemeindevorsteher Rudolph hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Anzeige nach Herzberg (Elster) zu schicken, und so erhielt das alte Mütterchen ihre erste Strafe. Aehnliche Fälle liegen zu Dutzenden vor. Rücksichtslos wird die gerichtliche Bestrafung herbeigeführt. Doch aber nur bei den Armen und Kleinen. Bei den Großen — da verfährt unser Gemeindevorsteher anders. Wurde da kürzlich im alten Schulhof ein neuer Zaun errichtet. Man verwendete dazu schönes, starkes Holz. Zwei schöne große Zaunriegel verschwanden dabei. Herr Blöger ging auf die Suche; doch dort, wo diese Riegel sich finden, hätte er sie nicht vermutet, nämlich beim Lehrer der Schule. Dieser hatte die Zaunriegel zum Stützen seiner Bienenkörbe verwendet. Die Frau Lehrer gab an, ihr Mann hätte die Zaunriegel gekauft. Pflichtgemäß meldete Herr Blöger das dem Herrn Gemeindevorsteher. Doch siehe da — hier durfte auf keinen Fall Anzeige gemacht werden. Ja, es wurde Herrn Blöger sogar strengste Verschwiegenheit auferlegt. Der Herr Lehrer gab an, er hätte nicht gewußt, wie die Riegel in seinen Garten und an seinen Bienenkorb gekommen seien. Vielleicht haben sie die Heinzelmänner hingeschafft. Da den Vorgang auch andere beobachtet hatten (es war vorher bei anderen Leuten nach diesen Riegeln gesucht worden), kam die Sache doch an den Tag. Wir fragen hiermit öffentlich den Herrn Gemeindevorsteher Rudolph, warum er über den Vorfall bis heute geschwiegen hat. Wir wissen wohl, daß er gleich, nachdem ihm der Vorfall gemeldet wurde, eiligst zu einem Herrn fuhr, um ihn davon zu verständigen. Ist ihm dort vielleicht die Schweigepflicht auferlegt worden? Man hat sich ja nicht geniert, gegen ein 80jähriges Mütterchen vorzugehen. Hier aber traut man sich jedenfalls nicht dran. Wir verlangen Aufklärung über diesen Fall! Daß die Heinzelmänner die Zaunriegel zum Stützen der Bienenstöcke in des Lehrers Garten geschafft haben, kommt uns doch zu unglaubhaft vor. Wenn der Herr Gemeindevorsteher nicht eingreift, dann wird ja durch diese Zeilen der Herr Amtsvorsteher von diesem Vorfall erfahren und wird etwas Licht in die dunkle Angelegenheit bringen.

Liebenwerda. Ruhrhilfe. Der Kreisschulrat Nothing läßt uns zu unserm jüngsten Bericht ersuchen, mitzuteilen, daß er zur Ruhrspende nicht nur die im Liebenwerdaer Kreisblatt erwähnten 500 Mk., sondern bei der Stadt Liebenwerda weitere 5000 Mk. gespendet, sowie sich zu einem laufenden monatlichen Zuschuß bereit erklärt hat.

— Stahlhelmwiedergeburt. Am Freitag feierte im hiesigen Schweizerhaus der „Stahlhelm" seine Wiedergeburt. Das Freudenthermometer der wiederauferstandenen Patrioten stieg so hoch, daß trotz des Polizeistundenverbotes bis um 8 Uhr morgens im Schweizerhaus wacker gezecht worden sein soll, worauf sich unter dem Gesang „patriotischer" Lieder der Stahlhelm in höchster Begeisterung durch die Straßen der Stadt nach Hause bewegte. Ob die Polizei die Ueberkneiper bestraft hat! Bei Versammlungen unserer Partei paßt die hiesige Polizei mörderisch genau auf, daß ja nicht die Polizeistunde überschritten wird, wir nehmen — hoffentlich nicht vergebens — an, daß dies auch bei den Versammlungen des „Stahlhelm" geschieht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230220-16/fragment/page=0006